

Leipzigs NEUE

LINKE ZWEIFACHWOCHEENZEITUNG
für Politik, Kultur und Geschichte

› Palästina-Lösung in weiter Ferne

DDR-Botschafter a. D. analysiert, worin der Ausweg aus der dramatischen Situation bestehen könnte **Seite 3**

› Abgehobenes Administrieren

Bürger und Stadträte zum Leipziger Theaterdonner **Seite 4**

› Viel Lärm um Flughafen

„Von Politik und Wirtschaft inszenierte Farce“ und militärischer Missbrauch erregen Leipziger **Seiten 6/7**

› Der Aufstand in der Kriegsflotte

Sommer 1917: In der Matrosenerhebung kündigt sich die Novemberrevolution 1918 an **Seite 12**

15

2007

**1,30
Euro**

15. Jahrgang
27. Juli

www.
leipzigs-neue.de

**Nur 1 Euro
im Abo**

Jüdisches Gemeindezentrum:

Hoch hinaus ... aber nicht problemlos



Foto: G. Eiltzer

Der Bau des „Jüdischen Gemeindezentrums“ im Leipziger Waldstraßenviertel geht jetzt mit Schwierigkeiten voran. Er war seit Jahren einerseits ein Fall für bürgerschaftliches Engagement und andererseits ein Fall für klagende Klienten und Rechtsanwälte. Jetzt bat der Gemeindevorsitzende Kuf Kaufmann zum Rundgang über die Baustelle. LN war dabei und berichtet.

Seiten 8/9

Tödliche Geschäfte mit der Armut

Kaum hatten die G8 in Heiligendamm verkündet, dass zur Bekämpfung von Aids, Malaria und Tuberkulose, vornehmlich in den tropischen Ländern, ein Betrag von 60 Milliarden Dollar bereitgestellt werden soll, da meldeten schon die Pharmakonzerne ihre Forderungen an. Kein Wunder bei dem riesigen Markt, der sich dort aufbaut. Leben doch allein von den weltweit 39,5 Millionen HIV-Infizierten 24,7 Millionen, das sind etwa zwei Drittel, in der Sub-Sahara-Region Afrikas und von den weltweit 6 Millionen doppelt Infizierten (HIV und Tuberkulose) etwa 80 Prozent. Die Zahl der jährlichen Neu-Erkrankungen an Malaria liegt zwischen 1,5 und 2,7 Millionen.

Der daraus resultierende und ständig steigende Bedarf an wirksamen Medikamenten weckt natürlich die Begehrlichkeit der Pharma-Industrie. Für ihre Mitwirkung bei der Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria in den Entwicklungsländern verlangen deutsche Pharmakonzerne umfangreiche Profitgarantien, verbunden mit Steuererleichterungen. Weiter wird eine Verschärfung der Patentrechte gefordert. Der Vorsitzende des deutschen Verbandes Forschender Arzneimittelhersteller (VFA), Dr. Dr. Andreas Barner, erklärte dazu, dass sonst „die Unternehmen das Interesse verlieren, erfinderisch tätig zu sein“.

Bei ihren Forderungen beruft sich die Pharma-Industrie auf die „Public Private Partnerships“ mit den UN, die damit praktisch zur Erfüllung von deren Bedingungen gezwungen sind. Das betrifft auch die Forderungen nach privilegierten Zugängen zu afrikanischen Märkten und nach Subventionierung der Pharma-Forschung. Unter anderem soll für den Bayer-Konzern die Erprobung eines umstrittenen TBC-Medikaments aus einem internationalen Hilfsfonds finanziert werden. Auf diese Weise fließen angebliche Hilfgelder für die Armutszonen dieser Welt nach Deutschland zurück.

Eine Verschärfung des Patentrechts bedeutet, dass die u. a. in Indien und Thailand auf Grund von Ausnahmeregelungen im internationalen Patentrecht hergestellten bezahlbaren Nachahmerpräparate nicht mehr in die bedürftigen Länder geliefert werden. Die Versorgung der dort lebenden Kranken mit lebenswichtigen Medikamenten soll durch westliche Pharmakonzerne erfolgen. Dass infolge der damit verbundenen höheren Medikamentenpreise viele weitere Menschen sterben werden, schert die Konzerne wenig. Bereits 1840 schrieb der von Karl Marx zitierte Thomas Dunning: „Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft. 50 Prozent positiv waghalsig, für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.“

• HELMUT ULRICH

Auf ein Wort bitte



DR. CORNELIA
ERNST,
LANDESVOR-
SITZENDE
DIE LINKE.

DIE LINKE gegründet. Auch in Sachsen. Wir haben einen Mammutparteitag hinter uns. Dass wir unsere Ziele erreichen konnten, ist insbesondere den Delegierten zu danken, die diszipliniert den Dauerstress durchhielten und aktiv mitmachten.

Aber es gab bekanntlich auch Stolpersteine. Wenn man davon ausgeht, dass wir – wie kaum ein zweiter Landesverband – eine wirklich erfolgreiche Zeit der Parteineubildung hinter uns hatten, dann hätte dies gerechtfertigt, eine dem entsprechenden Atmosphäre zu verbreiten. Darüber müssen alle nachdenken, auch der Landesvorstand, nicht nur im Hin-

blick auf die deutlichen Hänger in der Satzungsdebatte, ganz besonders auch im Zusammenhang mit dem Finanzkonzept, das nicht gut vorbereitet worden war. Dennoch, wir haben uns viel Vorlauf geschaffen für die kommenden Wahlkämpfe, auch weil wir die künftigen Kreisstrukturen gebildet haben. Besonders drei Dinge sind mir wichtig: Zum ersten müssen wir die verbleibende Zeit maximal nutzen, um unsere Konzepte

insbesondere gegenüber Vorständen Misstrauen zu hegen, wird vieles schwerer zu erreichen sein. Der neue Landesvorstand und ich als Vorsitzende wollen die vertrauensvolle Kooperation mit allen Mitgliedern und Gremien unserer Partei ohne Wenn und Aber. Dabei ist niemand fehlerfrei, auch ich nicht. Es ist wichtig, sich die Meinung zu sagen, Kritisches auch kritisch zu benennen. Es ist ebenso wichtig, solidarisch miteinander umzuge-

Grundvoraussetzung: Vertrauen

und Vorschläge für ein soziales Sachsen zu erstellen und in den Wahlkämpfen 2008/9 zum Tragen zu bringen, also arbeiten, arbeiten, arbeiten. Zweitens sind Wahlen vorzubereiten, zügig und in engster Kooperation mit den Kreis- und Stadtverbänden. Drittens ist die Partei im Inneren zu entwickeln, dabei auf das Mitglied zu setzen, solche Formen der Arbeit zu unterstützen, die möglichst viele praktisch und verbindlich einbeziehen.

Alle drei Dinge haben eine Grundvoraussetzung: Vertrauen.

Nur auf diese Weise können wir unsere Ziele erreichen. Wenn nicht die Mentalität überwunden wird, nach innen und

aus, Anzuerkennendes auch anzuerkennen, ohne Ansehen der Person. Es gibt vieles gemeinsam anzupacken und wir haben alle Chancen für einen erneuten Wahlerfolg 2008/9. Dafür lasst uns jetzt alle Kräfte bündeln, tun wir es einfach. Und gerade deshalb noch etwas: Diejenigen, die sich beispielsweise im letzten Landesvorstand sehr engagiert haben und jetzt nicht mehr darin mitwirken, verdienen ebenso unsere Anerkennung. Der Dank gilt Claudia Hertlein, Stefan Hartmann, Sylvia Wohlfeld, Michael Nimz, Mirko Schulze und Nico Brünler! Lasst uns einfach weiterhin gut zusammenarbeiten. Auf ein Neues!

Widerspruch lohnt sich!

LN. Immerhin 45 Prozent derjenigen, die im ersten Halbjahr 2007 vor dem Berliner Sozialgericht gegen ihre Hartz-IV-Bescheide klagten, bekamen ganz oder teilweise Recht. Widerspruch lohnt sich also.

Andererseits belegt diese Bilanz, dass die Hartz-Gesetze nicht nur ihrer Intention nach falsch sind, sondern auch noch dilettantisch umgesetzt werden. Anders lässt sich die enorme Zahl der Verfahren kaum erklären.

Die Arbeitsmarktreformen erhöhten massiv den Druck auf Erwerbslose, wobei der Umbau der Grundversicherungsträger mit unzureichend qualifiziertem Personal zusätzlich dazu führte, dass rechtswidrige oder nicht nachvollziehbare Praktiken vor Ort toleriert und fehlerhafte Bescheide ausgestellt wurden. Die Schlussfolgerung aus der gerichtlichen Bilanz kann nur lauten: Hartz IV muss weg.

Antifas vertrieben Worch aus Leipzig

- (Vorerst letzter) kleiner Nazi-Aufmarsch mit großem Polizeiaufgebot durchgesetzt
- Sitzenbleiben-Bündnis verurteilt unverhältnismäßiges Vorgehen der eingesetzten BeamtInnen
- Stadt zu Stellungnahme aufgefordert

LN. Neonazi Worch gibt auf. Er sagte nach der geringen Beteiligung seines Aufmarsches am 21. Juli die bis 2014 angemeldeten Demonstrationen ab. Das ist ein Erfolg der in Leipzig meist als Chaoten und als linke Krawallmacher kriminalisierten Gegendemonstranten – und gewiss nicht derjenigen, die fernab vom Geschehen bei Bier und Bratwurst tapfere Reden wider die braune Brut schwangen. Es ist auch kein Sieg der Semmelbeißer, die am 21. Juli von der SPD angeführt, ein „Frühstück“ gegen die Nazis veranstalteten. Die LVZ jubelt Worchs Kapitulation vor den antifaschistischen Gegenkräften zu einem „überzeugenden Sieg des Rechtsstaates“ um. Selten so bitter gelacht. Wo war denn der Rechtsstaat? Hat der nicht jedesmal in letzter Minute (nach – womöglich meist zu lauen – städtischen Verbotsanträgen) mit Hilfe seiner Richter der Nazitruppe die Straße freigegeben? Siebzehnmal suchte die Leipzig heim. Und beim 17. Mal gelang ihr der Durchmarsch zum Völkerschlachtdenkmal – gut von der Polizei geschützt, wie es sich in einem Rechtsstaat gehört. In diesem Sinne ist die Überschrift der nachfolgenden Einschätzung des Bündnisses „SITZENBLEIBEN GEGEN NAZIS“ schon irgendwie sehr treffend: „Eins zu hundert für Worch“:

„Mit einem Aufwand von einhundert Polizisten pro Neonazi hat die Polizei am 21. Juli den Aufmarsch von Christian Worch durchgesetzt. Während sich die Einsatzkräfte nicht zu schade waren, Worchs letztes Aufgebot von sage und schreibe 25 Nazis in ihre schützende Mitte zu nehmen, wurden friedliche Gegendemonstranten mit unverhältnismäßigem Gewalteininsatz von der Straße gedrängt. Es kam zu diversen Übergriffen der Polizei und zu etwa 70 Festnahmen. Besonders hervorzuheben haben sich hierbei wieder einmal die Einsatzhundertschaften aus Berlin und die Kräfte des bayrischen USK. Auf Seiten der GegendemonstrantInnen widersetzten sich etwa 2000 Demokraten dem Auftritt der Neonazis.

„Diese Naziveranstaltung angesichts der breit getragenen Proteste durchzuprügeln, ist mehr als skandalös“, kommentiert Stephanie Kesselbauer, Pressesprecherin des Bündnisses Sitzenbleiben den Polizeieinsatz. „Auf diese Art und Weise wird Worch geradezu zum Wiederkommen eingeladen – nächstes Mal vielleicht auch mit 5 Nazis?“ Das Bündnis verurteilt das Vorgehen der Polizei auf's Schärfste und fordert die Stadt Leipzig zu einer klaren öffentlichen Position auf.“



Das Nazihäufchen sammelt sich, Worch kann sich immerhin noch auf sein Auto stützen ...



2000 friedliche und fröhliche Gegendemonstranten werden kriminalisiert, schikaniert, eingekesselt.



Vor allem von der SPD massenhaft mobilisierte Leipziger beißen mutig in die Semmel. Fotos: Gerhard Märker

OBM Jungs geringe Aufklärungslust

LN. „Endlich erregen den Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung einschlägige landespolitische Vorgänge“, wie die beiden linken Stadtparlamentarier und Mitglieder des Landtags, Dietmar Pellmann und Volker Külow, erfreut feststellen. Allerdings, dass Jung nach Wochen der Sprachlosigkeit von einer Affäre des Verfassungsschutzes spricht, finden sie denn doch höchst merkwürdig. Die Linkspartei jedenfalls würde den ermittelten Inhalten mehr Aufmerksamkeit schenken und vorerst weniger der Ermittlern: „Es sollte ehrlicherweise immer noch gelten, dass kein Skandal des Archivs vorliegt, wenn der Inhalt zum Himmel stinkt, der im Archiv abgelegt ist.“

Die beiden Linkspolitiker nennen es dreist, wenn das Leipziger Stadtoberhaupt via LVZ-Interview Entrüstung mimt und der Linkspartei eine bigotte Haltung zum Staat andichtet, denn: „Wichtige Informationen über die Organisierte Kriminalität in Sachsen können nicht deshalb von der Linkspartei ignoriert werden, weil sie in Wahrnehmung ihrer politischen Verantwortung als Opposition im Landtag das Gesetz für verfassungswidrig hielt, das dem Verfassungsschutz seit Anfang 2004 das Sammeln dieser Daten vorübergehend erlaubte. ... Ungeachtet der pseudoreligiösen Verdrehung durch den studierten Religionslehrer Jung waren es bekanntlich höchst irdische Fallkomplexe, die der Verfassungsschutz da ins Visier nahm. Nicht zuletzt deshalb hat ja auch die SPD-Landtagsfraktion am Donnerstag dem Untersuchungsausschuss den Weg frei gemacht.“

Im Übrigen, so meinen Pellmann und Külow, könnte der Leipziger Oberbürgermeister in eigener Sache manches zur Aufklärung beitragen. „Sein eigenartiges Verhältnis zu dem schillernden Leipziger Bauunternehmer Steffen Göppel bietet genug Anlass zu allerlei interessanten Mutmaßungen, z. B. aus welchen dubiosen Immobiliengeschäften – mal mit der LWB und mal ohne sie – die sagenhaften Geldbeträge jenes Mannes stammen und wo sie in der Vergangenheit teilweise hinfließen.“

Ihr Hinweis, dass ein OBM, der eine politische Großbaustelle nach der anderen aufreißt, leicht den Überblick über die wichtigen strategischen Ziele der Kommunalpolitik verlieren kann, ist nachvollziehbar. Allein schon angesichts des Kungelns mit der CDU in Sachen Stadtwerke-Teilprivatisierung, die Jung inzwischen aktiv betreibt.

Mitte Juni hatte die islamistische Hamas die Macht im Gazastreifen übernommen. Der seit 1948 territorial vom Westjordanland getrennten Gazastreifen ist nun politisch eigenständig, während die säkulare Fatah das Westjordanland kontrolliert. Wie lange? Im Nahen Osten spricht man von „Hamastan“ (Land der Hamas). Diese Spaltung der Palästinenser ist zutiefst schmerzhaft und dramatisch. Eine Regelung der Palästinafrage auf der Grundlage der Zwei-Staaten-Lösung ist damit weiter entfernt denn je. Die Verantwortung für diese katastrophale Entwicklung tragen nicht nur die Führungen der beiden palästinensischen Parteien, die offenbar ihre gewalttätigen Radikalen nicht im Griff haben und sich außerstande sehen, sich auf eine völkerrechtlich akzeptierte und international

Von **HEINZ-DIETER WINTER**

unterstützte Form des Kampfes für die nationalen Rechte der Palästinenser zu verstünden. Verantwortlich ist auch Israel durch seine fortgesetzte Politik der Inbesitznahme palästinensischen Territoriums und der Bantustanisierung des Westjordanlandes mit einer sich ständig verschlechternden Lebenslage der Palästinenser. Schuld ist auch die internationale Gemeinschaft, die diese Entwicklung zuließ und sogar förderte. Die Welt habe Palästina „begraben“, meint der Nahostexperte der „Le Monde diplomatique“ Alain Gresh.

In Israel und in den USA wurde das Ende der palästinensischen Regierung der nationalen Einheit unverkennbar mit Befriedigung gesehen, entsprach sie doch eigenen Plänen. Auf dem Gipfeltreffen mit dem Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde Mahmoud Abbas, dem ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak und dem jordanischen König Abdallah in Sharm el-Sheikh Ende Juni sah der israelische Ministerpräsident Olmert nun Möglichkeiten, die sogenannte Road Map mit dem in ihr enthaltenen Ziel eines eigenen palästinensischen Staates in die Tat umzusetzen. Er erklärte sich zur Zusammenarbeit mit der neuen von Präsident Abbas eingesetzten Notstandsregierung

„Tony Blair zum Sondergesandten für den arabisch-israelischen Frieden zu ernennen, das ist wie Nero zum Feuerwehrhauptmann von Rom zu ernennen.“

bereit, sagte Wirtschaftskooperation, die fortlaufende Übermittlung der einbehaltenen Steuergelder und die Befreiung von 250 Fatah-Gefangenen zu. Der palästinensischen Bevölkerung des Westjordanlandes wurde mehr Bewegungsfreiheit und ökonomischer Wohlstand zugesagt. Olmert erklärte, dass die Bewohner von Judäa und Samaria – er benutzte wie immer für das Westjordanland die jüdischen Namen, die den Anspruch auf dieses Gebiet beinhalten – spüren sollen, dass die Wahl eines Weges, der nicht aus Terror und Gewalt besteht, sondern vielmehr ein Weg des Dialogs und Friedens ist, neue politische Möglichkeiten eröffnet und zu einem besseren Leben führen würde. Nichts dergleichen für den von der Hamas verwalteten Gazastreifen. Olmert erklärte sich lediglich bereit, auf Ersuchen von Präsident Abbas Versorgungsleistungen zur Vermeidung einer humanitären Kata-

strophe aufrechtzuerhalten. Und das alles, weil die von Abbas eingesetzte Notstandsregierung keine Vertreter der demokratisch gewählten Hamas enthält. Hamas wird von Israel wegen ihres gewaltsamen Widerstandes gegen die israelische Okkupation als Terroristenorganisation bekämpft. Israels Unterstützung für Präsident Abbas ist an die Bedingung geknüpft, dass er und die Fatah den Konfrontationskurs gegen die Hamas beibehalten.

Diese Linie entspricht der USA-Nahoststrategie und wird leider auch von der Europäischen Union unterstützt. Schon beim zweiten Treffen Olmerts mit Palästinenserpräsident Abbas am 16. Juli wurde deutlich, dass die israelische Seite nicht beabsichtigt, über die Lösung der Kernfragen des Konflikts zu sprechen.

Israel hatte auch zu einer Zeit, als die Fatah allein das Sagen hatte und Hamas nicht in der Regierung war, Verhandlungen, die die Erfüllung der völkerrechtlich legitimierte Forderungen der Palästin-

seine Mission zutiefst enttäuscht beendet. Er hielt die vom Quartett in Übereinstimmung mit Israel verfolgte Politik der Einstellung der Hilfe und des Boykotts der Hamas-Regierung und der Regierung der nationalen Einheit für kontraproduktiv und „extrem kurzfristig“. Das führe zu „verheerenden Konsequenzen“ und habe nur dazu gedient, die Gefühle der Palästinenser zu radikalieren und ein institutionelles Chaos zu schaffen, das die radikalen Elemente stärkte. Er bedauert zutiefst, dass die UNO mit ihrer Teilnahme am Quartett zu einer Art Mittäter einer Politik wurde, die nicht in Übereinstimmung mit den Prinzipien und Resolutionen der UNO steht. Die USA hätten auch nach der Vereinbarung von Mekka auf eine gewaltsame Konfrontation zwischen Fatah und Hamas hingewirkt. „Mir gefällt diese Gewalt“, habe der USA-Gesandte im Quartett auf einer Sitzung in Washington geäußert, weil sie zeige, dass Palästinenser der Hamas Widerstand leisten.

„Hamastan“ – und wie weiter?

ser nach dem Rückzug Israels auf die 1967er Grenzen und die Bildung eines lebensfähigen palästinensischen Staates mit der Hauptstadt Ostjerusalem beinhalten, abgelehnt oder nur zum Schein geführt. Stattdessen wurde durch fortgesetzte Siedlungstätigkeit und Mauerbau die territoriale Integrität des Westjordanlandes zerstört. Die israelische Absicht, große Teile des Westjordanlandes mit den israelischen Siedlungen dem israelischen Staatsgebiet einzuverleiben, wurde niemals verheimlicht. Mit der Hamas-Regierung und der durch den Kompromiss von Mekka vom Februar angesichts der Bürgerkriegsgefahr zustande gekommenen Regierung der nationalen Einheit aus Hamas und Fatah wurden Kontakte kategorisch abgelehnt. Der Boykott durch Israel, die USA und die Europäische Union wurde beibehalten. Der israelische Friedensaktivist Uri Avnery hatte nach der Bildung der Regierung der nationalen Einheit erklärt, dass diese „ein großer Segen für Israel“ sei, könne doch Israel nun mit einer Regierung verhandeln, die die Interessen des gesamten palästinensischen Volkes vertrete, um dem historischen Konflikt ein Ende zu setzen. Dafür bot das Programm dieser Regierung eine ausreichende Grundlage. Die Hamas ist zwar nicht bereit, zum gegenwärtigen Zeitpunkt Israel anzuerkennen, aber sie verpflichtete sich zum Respekt aller bisherigen mit Israel abgeschlossenen Vereinbarungen und ist ausdrücklich einverstanden mit der Gründung des palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967. Dass diese historische Chance nicht genutzt wurde, daran ist auch das Nahostquartett schuld.

Das wird aus dem vom britischen „Guardian“ vom 13. Juni öffentlich gemachten vertraulichen Bericht des peruanischen Diplomaten Alvaro de Soto, der als stellvertretender Generalsekretär der UNO den Generalsekretär im Nahostquartett vertrat, deutlich. Dieser hatte im Mai dieses Jahres



Die Hoffnungen, dass das Quartett den Weg zu einem lebensfähigen palästinensischen Staat bahnen könnte, sind kaum noch vorhanden. Charakteristisch dafür ist die von USA-Präsident Bush betriebene Berufung des zurückgetretenen britischen Premierminister Tony Blair zum Sonderbotschafter des Nahostquartetts. Angesichts der fast bedingungslosen Unterstützung der Nahostpolitik der USA, der Beteiligung Großbritanniens am Irakkriegs, der faktischen Unterstützung des israelischen Krieges gegen Libanon und der Ablehnung der Regierungsbeteiligung der Hamas wurde diese Berufung in der arabischen Welt vorwiegend skeptisch und ablehnend aufgenommen. Einer der bekanntesten arabischen Kommentatoren, Rami G. Khoury, schrieb am 27. Juni im libanesischen Daily Star: „Tony Blair zum Sondergesandten für den arabisch-israelischen Frieden zu ernennen, das ist wie Nero zum Feuerwehrhauptmann von Rom zu ernennen.“

Die dramatische Verschlechterung der Lage im Nahen Osten ist auch Ergebnis einer verfehlten Politik des Westens. Die Palästinafrage wurde dem „Krieg gegen den Terror“ untergeordnet und für diesen instrumentalisiert. Den USA geht es vor allem darum, mit den „Gemäßigten“ in der arabischen Welt, mit Ägypten, Saudi-Arabien, Jordanien und mit Palästinenserpräsident Abbas und seinen Gefolgsleuten eine gemeinsame Front gegen die „Radikalen“, gegen Iran, Syrien, Hizbollah in Libanon und Hamas aufzubauen, was weitere chaotische Entwicklungen in der Region zur Folge haben dürfte. Der Westen hat mit dem von den Washingtoner Neokonservativen inszenierten „Krieg gegen den Terror“, durch die Kriege in Afghanistan und Irak die Ursachen für Terrorismus verstärkt. Es wurde keine Strategie entwickelt, um die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ursachen für Terrorismus zu reduzieren. Nun sorgen „Hamastan“ und die Lage im Libanon für neuen Zündstoff.

Eine friedliche Regelung der Palästinafrage durch eine Zwei-Staaten-Lösung ohne die Einbeziehung oder gar gegen den Widerstand einer islamistischen politischen Bewegung, die Interessensvertreter eines großen Teiles der Palästinenser ist – die Wahlen vom Januar 2006 ergaben für die Hamas eine Mehrheit – kann es überhaupt nicht geben.

Worin könnte und müsste der Ausweg aus der gegenwärtigen dramatischen Situation bestehen?

Die Hamas-Führung und die Fatah von Präsident Abbas nehmen den Dialog wieder auf. Der ehemalige Ministerpräsident Haniyeh von der Hamas hat Bereitschaft dazu erklärt. Präsident Abbas wäre gut beraten, einem solchen Dialog zuzustimmen. Schon heute sehen ihn viele Palästinenser als Kollaborateur der ihn hofierenden USA und Israel.

Ägypten und Jordanien, die in der Tat ein islamistisches „Hamastan“ fürchten, sind im Gegensatz zu USA-Erwartungen wegen der eigenen starken islamistischen Opposition eher geneigt, Präsident Abbas zu diesem Dialog zu ermutigen. Saudi-Arabien tut diese ohnehin, um den Kompromiss von Mekka zu bewahren.

Eine wiederhergestellte Regierung der nationalen Einheit wäre Partner für einen Friedensprozess. Verhandlungen mit Israel könnten auf der Grundlage des Arabischen Friedensplanes der Konferenz von Fez vom März 2007 stattfinden.

Anliegen des Nahostquartetts sollte es sein, den Dialog zur Bildung einer palästinensischen Einheitsregierung und Verhandlungen auf der Grundlage des arabischen Friedensplanes zu fördern. Das würde aber erfordern, dass das Quartett auch von Israel die Einhaltung der in der Road Map enthaltenen Verpflichtungen, wie die Beendigung der Siedlungspolitik, einfordert. Über die Festlegungen der Road Map hinaus müsste das Quartett den Rückzug Israels auf die Grenzen vom 4. Juni 1967 und die Bildung eines lebensfähigen Staates mit der Hauptstadt Ostjerusalem in den Mittelpunkt seiner Tätigkeit stellen. Das wäre die Alternative zu „Hamastan“ und ein durch israelische Besetzung in mehrere Teile zersplittertes „Fatahstan“.

Die Frage ist nur, ob und wann es gelingt eine solche Orientierung des Nahostquartetts, das nach de Soto eher die Bezeichnung „Gruppe von USA-Freunden“ verdient, gegen den Willen der USA durchzusetzen oder ob die USA ihren gegenwärtigen Nahostkurs ändern.

Unser Autor ist Botschafter a. D.

Abgehobenes Administrieren

Bürger und Stadträte zum Leipziger Theaterdonner

Der Zufall wollte es, dass dieser Tage im Festsaal des Neuen Rathauses an zwei Abenden ein Thema debattiert wurde: die plötzliche und teure Beurlaubung des Operntendanten Henri Maier. Zum einen gab es eine aktuelle Stunde während der turnusmäßigen Juli-Sitzung des Stadtrates. Zum anderen lud der Freundeskreis Leipziger Oper tags darauf interessierte Bürger zur Diskussion. Ein Mann stand (neben dem abwesenden Intendanten) im Mittelpunkt: Kulturbürgermeister Georg Girardet. Er stellte sich an beiden Tagen den unterschiedlichen Gremien. Die Leipziger Theaterfreunde kamen zahlreich zur Einladung des Freundeskreises und formulierten ihre Sorge, wie nach dem Verwaltungsdesaster „Schaden von ihrer Oper“ genommen werden kann. „Dieses berühmte Haus muss nicht mit Berlin konkurrieren, darf aber auch zukünftig nicht hinter Halle, Dessau und Chemnitz zurückfallen.“ Nachdrücklich forderten die Theatergänger alle Beteiligten auf, mit der Situation verantwortungsvoll umzugehen und an die Bürger, die Stadt und das Theater zu denken. „Vertragstreue und Anwälte schaffen das kaum.“

Während der Stadtratssitzung im Juli gab es eine „Aktuelle Stunde“ zu den unerfreulichen Vorgängen. LEIPZIGS NEUE gibt (leicht gekürzt) den Standpunkt der Linksfraktion wieder.

DR. ILSE LAUTER referierte ihn:

Die Musikstadt Leipzig hat es wieder einmal geschafft. Die Aufmerksamkeit der Musikwelt, auf die Leipzig immer so großen Wert legt, ist dieser Stadt sicher. Nur ist zu hinterfragen, wer auf diese Art Publizität stolz sein kann. Denn nach Bach folgte Krach.

Die Trennung von Operntendant Henri Maier kam so plötzlich, dass – nach üblichen Maßstäben – außerordentliche Gründe für solch einen kulturpolitischen Paukenschlag vorgelegen haben müssen.

Genaueres Hinsehen zeigt jedoch: Außerordentliche Trennungsgründe lagen nicht vor: Alles, was jetzt als Begründung für den überstürzten Abschied von Henri Maier angeführt wurde, war schon seit Monaten bekannt.

Mehr noch, es hätte nie dazu kommen dürfen,

- dass die Verwaltungsspitze – wieder einmal – am Stadtrat und speziell am Kulturausschuss vorbei agierte und
- dass Henri Maier vor einem Dreivierteljahr eine Vertragsverlängerung bekommen hat, welche die Stadt Leipzig teuer zu stehen kommen wird.

Der unsägliche Hang der Verwaltungsspitze zum abgehobenen Administrieren hat wieder einmal die Oberhand gewonnen.

Von kluger Orchestrierung keine Spur, von einer geschickten Besetzungsliste kein Hauch. Natürlich tut Riccardo Chailly dem Musikleben dieser Stadt gut. Doch die überladene Konstruktion, Chailly zugleich als Gewandhauskapellmeister und Generalmusikdirektor der Oper einzusetzen, musste schief gehen. Davor hat bereits im Vorfeld unser Fraktionsmitglied Dr. Volker Külöw gewarnt. Zudem ist zu hinterfragen, ob mit dem GMD eine Präsenzpflicht oder eine Mindestanzahl von Dirigaten vertraglich vereinbart wurde. Anscheinend nicht, denn die Oper stand nun mit einem Mal vor der Doppelaufgabe, sowohl die Kapazitätslücke des Generalmusikdirektors zu füllen als auch einen Intendanten aufzubieten, dem das Spagat gelingt, das Feuilleton der überregionalen Presse ebenso in Begeisterung zu versetzen wie die Zuschauer aus Grünau, Paunsdorf und Naunhof.

Fünfmal „Maskenball“ in zwei Wochen? Das geht in Mailand, aber nicht in Leipzig. Und dass zur Wiedereröffnung der Oper nach der Schließphase nicht der GMD Chailly dirigieren soll, ist aus unserer Sicht völlig absurd.

Als Schlussfolgerung aus dem unwürdigen Abschied von Henri Maier in Leipzig verlangen wir:

- den Stadtrat künftig rechtzeitig über strategische Entscheidungen solchen Ausmaßes zu informieren,
- den Kulturausschuss rechtzeitig in die Entscheidungsfindung einzubinden,
- endlich ein Konzept für die Oper zu entwickeln mit einem Intendanten, der dazu passt. Das wurde in den letzten Jahren versäumt,
- in der Oper für eine Klärung zu sorgen, wie die Aufgaben zwischen dem künftigen Intendanten und dem Generalmusikdirektor aufgeteilt werden und wer mit welchem Einsatz dafür wirklich zur Verfügung steht. Dazu müssen nötigenfalls Nachverhandlungen geführt werden.

Wir erwarten als Stadträte der Linken ebenso klare Antworten wie die Leipziger.

Wir haben eine misslungene Aufführung erlebt, die wirklich nur den einen Schluss zulässt, dass nun alles besser werden muss. Es bleibt die Frage, welche europäische Spitzenkraft sich künftig berufen fühlt, eine prominente Stelle im Leipziger Musikbetrieb zu besetzen.

Und über eines sind wir uns doch wohl im Klaren:

Die 600 000 €, die Henri Maier zustehen, sollen nun dem Haushalt der Stadt entnommen werden. Noch viele Jahre werden uns alle Kultureinrichtungen diese Summe um die Ohren hauen, wenn es wieder um „unvermeidliche“ Kürzungen im Haushalt geht – vom Gewandhaus bis zur freien Szene und den vielen rührigen Vereinen.



Liebesbriefe in der Jahn-Allee

... dieser Tage von jedermann zu lesen, denn sie waren an eine Ladentür geklebt und galten Norbert Schiebel. Seines Zeichens Bäckermeister und zwar von der knusprigen Art, dass die Netze und Taschen – obwohl es nicht gerade billig war – immer gut gefüllt aus dem Laden getragen wurden. „Nun gibt es hier nur noch das übliche aufgeblasene geschmacklose Eierlei.“ Und: „Wir werden Sie und ihre Brote und Brötchen sehr vermissen.“

Neuerdings müssen wir Leipziger ja sogar den Begriff „Brötchen“ verteidigen, weil beispielsweise in meinem Konsum-Supermarkt seit geraumer Zeit „Wecken“ verkauft werden. Erst dachte ich an die bekannten Einkochgeräte „Weck“, wurde aber aufgeklärt, dass es Weizen-Brötchen sind. Warum in Sachsen diese österreichische und süddeutsche Formulierung im Schaufenster ausgeschildert ist, konnte mir die ratlose Verkäuferin auch nicht erklären. Sie meinte nur „Anweisung von oben“ und lächelte mir zu. „Ich darf doch weiterhin Brötchen bei Ihnen kaufen?“, fragte ich grienend zurück und hoffte dabei, dass der Teig nicht mittels LKW aus Österreich oder Süddeutschland zum Aufbacken im Laden herangekarrt wird. Aber das blieb Firmengeheimnis und wurde von der Dame hinter der Theke auch nicht ausgeplaudert. Dass die Netze immer leerer und die Münzen, die man über die Ladentafel schiebt, immer mehr werden, das bemerkt schon lange

Euer
Lipsius



Indien feiert den 60. Unabhängigkeitstag



Doch nicht nur in Indien selbst zelebrieren die Menschen diesen Tag. Auch in Leipzig wurde am Grassi-Museum ein Fest veranstaltet, das in die indische Welt entführte. Es gab regionale Speisen und Getränke, Liveauftritte verschiedener Künstler aus der Region, einen Basar mit Kleidung, Schmuck und Kunst.

Alles organisiert und vorbereitet von Mukesh Lal, dem Besitzer des Leipziger Restaurants Indian Garden. Die vielen Gäste rund um das Grassi-Museum tanzten, feierten und lachten gemeinsam. Wichtig war dabei nicht die Herkunft, sondern das Miteinander.

Foto und Text: Sandra Wolf

Splitter aus dem Stadtrat

Flugrouten

Der OBM sagte auf eine Einwohneranfrage zu, sich an die Flugsicherheitskommission zu wenden und auf eine Veränderung der Flugrouten über westliche Stadtteile von Leipzig zu drängen. Vor der Ratssitzung übergaben Betroffene 2000 Unterschriften gegen die „Südabdrehroute bei Ostwind“.

Lärmschutz

Der Stadtrat behandelte Anträge von Linksfraktion und CDU zur Verbesserung des Lärmschutzes entlang der südlichen Autobahnumfahrung A 38 um Leipzig für Ortsteile in Nachbarschaft.

Schulsport

Entsprechend einem veränderten Antrag der Linksfraktion soll gesichert werden, dass Schulsporthallen auch nach Schulschließungen weiterhin für Vereins- und Freizeitsport genutzt werden können.

Grünau

Der Stadtrat beschloss nach intensiver Debatte überraschend einstimmig die zunächst auf zwei Jahre angelegte, aber visionär bis 2020 reichende Entwicklungsstrategie für Leipzig-Grünau. Alle Fraktionen setzten sich für eine Zukunft des Stadtteils als wichtigen Bestandteil Leipzigs ein und würdigten die aktive Rolle des Baubürgermeisters im Dialog mit den Grünauser Bürgern und den Stadträten.

Haben Sie sich schon mal Gedanken über das Wort „Volksvertreter“ gemacht? Dem Wort nach ist das jemand, der das Volk der Regierung gegenüber vertritt. Das zu tun, wird er im günstigsten Fall direkt vom Volk gewählt, im weniger günstigen von einer Partei zum Volkvertreten abgestellt. So oder so gibt's dafür gutes Geld – und so oder so ist der Job nichts für Weicheier oder Berufsrentner. Das kann man z. B. auch an dem schweren Leben der Volksvertreter des schönsten Freistaats der Welt sehen: Mitten im hellsten Sommer, sonnenschein mussten die nämlich noch mal im Landtag antanzen, weil die penetrant nörgelnde Opposition partout einen Untersuchungsausschuss (UA) zum seit Wochen nebulös vor sich hin wabernden „Sachsen-Sumpf“ einsetzen wollte. Er habe deswegen extra seine „geliebte Insel Hiddensee“ verlassen müssen, jammerte dann auch SPD-Fraktionschef Cornelius Weiss tief gekränkt ins Mikrofon. Das Bedauern auf den Besucherrän-

Sommer, Sonne, Sumpfgebiete



Dresdner Bäbe
Hauptstadtbetrachtungen
von G. Hupf

gen hielt sich jedoch in Grenzen. Das mag auch daran gelegen haben, dass die parlamentarische Sommerpause laut Landtagskalendarer erst am 20. Juli begann, die Sondersitzung aber am 19. Juli stattfand – und so um die 5000 Euro extra gekostet haben mag, um den einen oder anderen Volksvertreter aus dem Urlaub zurückzuzuholen. Aber das stecken wir locker weg, denn die Wahrheit ist uns lieb und teuer! Schon allein die Neugier darauf, ob und wieviel Wahrheit in den Aktenbergen der Schlapphüte stecken mag, sollte uns beim Geben beflü-

geln. Auch wenn es dem Beobachter besagter Sondersitzung schwer fallen mag, die Hoffnung auf Aufklärung am Leben zu erhalten. Da nämlich gab es peinliche Auftritte am Stück und so mancher Volksvertreter mutierte zum Volkstreter. Nehmen wir nur mal den Herrn Schneider von der CDU. Der wollte eigentlich für seine Fraktion in die Bütt gehen und eine böse Rede gegen die Ausschuss-Freaks halten, ist dann aber offenbar zugunsten des Linke-Hassers Hähle (der alte Fritz) zurückgepfiffen worden. Um Herrn Schneider aber bei

Laune zu halten, machte die Ausschuss-Verhinderungs-Front ihn kurzerhand zum „Berichterstatter“ des Landtags-Rechtsausschusses, dessen Vorsitzender er ist. Der Ausschuss hatte den rot-grün-gelb-blauen UA-Antrag zuvor auf Rechtmäßigkeit zu prüfen gehabt. Blöd nur, dass so ein Ausschuss-Redner neutral zu berichten hat – und dass der Herr Schneider offenbar seine Rede schon vorher fertig hatte und nun vermutlich keine Lust verspürte, diese zu ändern. So kam es, dass der schmale Herr im feinen Zwirn erstens über eine Antragsvariante palaverete, die überhaupt nicht mehr zur Debatte stand, und zweitens über alles, nur nicht über die Ausschussarbeit berichtete und die Antragsteller verbaler mit heftiger Schelte überzog. Das wiederum freute MP (!) Milbradt so sehr, dass er das tapfer Schneidelein nach erledigter Mission sogleich mit einem

feuchten Händedruck adelte. Die Grünen-Chefin Hermenau dagegen prophezeite dem treuen Diener seines Herrn, nach DER rechtswidrigen Vorstellung könne er seinen Traum vom Justizministersessel gestrost vergessen ...

Fast vergessen schien auch SPD-Schwergewicht Karl Nolle, früher als „Chefaufklärer“ gefürchtet und seit der Koalition mit einem schicken Maulkorb ausgestattet. Dass dieser langsam durchgebissen ist, zeigte eine kurze Bemerkung in eben jener Landtagssitzung. Heinz CDU-Eggert, Ex-Pfarrer, Ex-Minister und Ex-Moderator, hatte als einziger seiner Fraktion gegen den U-Ausschuss gestimmt und dies anschließend am Mikrofon begründet. Aufgrund einer technischen Panne hörte das aber keiner – nur der letzte Satz war übertragen worden. Leicht angesäuert meinte der multiple Ex daraufhin: „Toll, dass ich zum Schluss noch übertragen worden bin.“ Darauf Nolle: „So geht das ab jetzt immer, mein Lieber!“ ...

12. Juli

Hohenstein-Ernstthal. Sachsenring meldet mit 220 000 vorverkauften Karten neuen Zuschauerrekord für die Motorrad-WM. Erwartet werden zum Rennfahrerwochenende weit über 225 000 Besucher.

Leutersdorf. Beim Bau einer Rohrbombe verletzt sich ein mehrfach vorbestrafter 20-jähriger Rechtsextremist schwer, als der Sprengkörper explodiert.

13. Juli

Leipzig. Eine Forsa-Umfrage für n.tv bestätigt den Abwärtstrend der sächsischen SPD: Sie käme derzeit nur noch auf acht Prozent der Stimmen (und läge damit mit der NPD gleichauf). Ein historisches Tief erreichte die SPD bereits zur Landtagswahl 2004 mit 9,8 Prozent.

Die CDU läge gegenüber 2004 mit einem leichten Minus bei 41 Prozent, die Linke würde von 23,6 auf 26 Prozent zulegen. FDP und Grüne kämen auf sechs Prozent (statt 5,9 bzw. 5,1).

14. Juli

Leipzig. Der niederländische Investor Kondor Wessels, ein Amsterdamer Baukonzern (der bereits das Quartier um die

SACHSEN-CHRONIK

(12. Juli bis 23. Juli)

Dresdner Frauenkirche errichtete), bewirbt sich um den Bau des zweiten Winkels am Bildermuseum. Der Firmenchef favorisiert die Proportionen früherer Häuser in der Katharinenstraße.

15. Juli

Eilenburg/Bad Dübau. Ein sogenanntes Zeitfenster, ein Kompromiss mit den Naturschützern, ermöglicht bis 31. Oktober Wasservandern auf der Mulde zwischen Eilenburg und Bad Dübau, dem, wie es heißt, landschaftlich schönsten Abschnitt.

17. Juli

Bautzen. Das Oberverwaltungsgericht entscheidet, dass in Sachsen das staatliche Monopol für Sportwetten für eine Übergangsfrist bestehen bleibt.

18. Juli

Kamenz. Gegenüber der Vorjahresmitte sind in Sachsen 10 000 neue Arbeitsplätze

geschaffen worden. Damit waren zum 30. Juni 1,34 Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze gemeldet, wie das Statistische Landesamt mitteilt.

Leipzig. Ein 57-jähriger, aus Stuttgart stammender Richter des Bundesverwaltungsgerichtes nimmt sich das Leben. Er hat sein Amt vor einem Jahr angetreten.

Leipzig. Das Rechnungsprüfungsamt, das seit Jahren intern auf Missstände in der Leipziger Stadtverwaltung hinweist, spricht von chaotischen Zuständen bei der Betreuung von kommunalen Grundstücken, Häusern und Mietverträgen. In vielen Objekten gibt es keine Inventuren.

18. Juli

Chemnitz. Die frühere sächsische Wissenschaftsministerin und vor einem Jahr zur Oberbürgermeisterin von Chemnitz gewählte Barbara Ludwig (SPD) wird end-

lich vereidigt. Die 45-Jährige konnte das Amt bisher nicht offiziell antreten, weil ein zur Wahl nicht zugelassener Bewerber Einspruch gegen die Wahl erhoben hat.

19. Juli

Kamenz. Die Zahl der Strafgefangenen in Sachsen ist gegenüber dem Vorjahr um sechs Prozent auf 3400 Menschen gesunken, der Frauenanteil lag mit 7,6 Prozent um ein Prozent über dem Vorjahreswert.

20. Juli

Dresden. Mit einer neuen Satzung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten will Wissenschaftsministerin Stange auf die ausgetretenen NS-Opferverbände zugehen. Vorgehen sind u. a. zwei getrennte Ausschüsse für Unrecht in der NS-Zeit und der „SED-Diktatur“.

23. Juli

Leipzig. Der wegen Landfriedensbruch und schwerer Körperverletzung angeklagte 20-Jährige, der am 10. Februar beim Fußballspiel Lok Leipzig gegen FC Aue Polizisten mit einem Stein beworfen hatte, ist zu einer Woche Jugendarrest, 1500 Euro Geldstrafe und zum Schreiben eines Aufsatzes verurteilt worden.



Unruhe bitte im Bundestag ...

Linke im Bundestag erklären:

Katja Kipping:

Liebestöter Hartz IV

Jeder Mensch hat das Recht, über seinen Körper und seine Sexualität selbst zu bestimmen. Dazu gehört die Möglichkeit, sich mit Verhütungsmitteln vor ungewollter Schwanger- bzw. Vaterschaft oder auch vor sexuell übertragbaren Krankheiten

zu schützen. Im Regelsatz von Hartz IV sind lediglich rund fünf Euro pro Monat für den gesamten pharmazeutischen Bedarf vorgesehen. Damit ist sicherer Sex nicht möglich. Denn von den fünf Euro müssen auch Hustensaft, Salben, Pflaster und andere Arzneien bezahlt werden. Schon die Pille kostet zwischen 5 und 17 Euro monatlich.

Das ist nur ein Beispiel von vielen, das verdeutlicht: Der Hartz-IV-Regelsatz reicht vorn und hinten nicht. Deswegen muss Hartz IV durch eine bedarfsorientierte, repressionsfreie Grundversicherung ersetzt werden. Eine Erhöhung der Regelsätze auf 420 Euro wäre ein erster Schritt dahin.

Selbstbestimmte Familienpla-

nung und Schutz vor Aids darf nicht an niedrigen Regelsätzen scheitern. Als Übergangslösung sind die Kosten für Verhütungsmittel als Mehrbedarf anzuerkennen. Für jede Frau und jeden Mann soll selbstbestimmtes Leben und Lieben möglich sein.

Frank Spieth:

Keine Zuzahlung bei weniger als 980 Euro

Die Krankenkassen – wie es das Bundesgesundheitsministerium will – künftig wettbewerbsrechtlich zu gewöhnlichen Wirtschaftsunternehmen zu degradieren, halte ich für hochgefährlich. Bislang gab es in der Bundesrepublik den Konsens, und in der Bevölkerung gibt es ihn immer

noch, dass Krankenkassen einen sozialpolitischen Auftrag haben und daher den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts tragen und von einer demokratisch gewählten Selbstverwaltung gelenkt werden sollten.

Das Gesundheitsministerium will nun offenbar den Gesundheitsbereich vollkommen dem marktwirtschaftlichen Wettbewerb unterwerfen. Das hätte gravierende Folgen:

- Der kostenlose Beitragseinzug über die Arbeitgeber und die Umsatzsteuerbefreiung würden den Kassen nicht mehr zustehen.
- Für die Versicherten würden Krankenversicherungen damit deutlich teurer.
- Die Gesetzliche Krankenversicherung hat bereits viel von ihrem sozialen Charakter verloren. Wahltarife, Leistungsausgrenzungen, die Einführung

neuer und die Erhöhungen bestehender Zuzahlungen sind Teil einer rot-grünen und schwarz-roten Strategie, die die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen und Kranke benachteiligt und ausgrenzt.

DIE LINKE will diese Ausgrenzung beenden. Deshalb haben wir einen Antrag in den Bundestag eingebracht, in dem wir die Wiedereinführung der bis 2003 geltenden Härtefallregelung fordern (BT-Drs. 16/6033). Danach müssten Personen mit einem Einkommen von weniger als 980 Euro keine Zuzahlungen mehr leisten. Union und FDP hielten diese Regelung bei ihrer Einführung 1989 angesichts der damals existierenden Zuzahlungen für sozialpolitisch notwendig. Bei den vielfach höheren Zuzahlungen, die die Menschen heute zu tragen haben, ist sie das erst recht.

Zur zivilen Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle

Deutschland ist das flugverkehrsreichste Land Europas, und der Flugverkehr bleibt eine der wenigen Wachstumsbranchen in Europa. Schon im Jahr 2010 soll die Marke von 3,5 Millionen Flügen erreicht sein. 2006 hatte die Deutsche Flugsicherung (DFS) 2,98 Millionen Flüge kontrolliert. Davon entfiel ein Drittel auf Überflüge, der Anteil von Inlandsflügen lag nur noch bei rund einem Fünftel.

Passagieraufkommen in Millionen

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Passagiere	2,28	2,17	1,97	1,95	2,041	2,128	2,108

Der Flughafen Leipzig/Halle gibt für das Jahr 2006 die Zahl von 2 348 000 Passagieren an (von uns in der Tabelle korrigiert). Die 240 000 Krieger der US-Armee sind aber grundsätzlich im Bereich des Anforderungsverkehrs Militär-Truppentransporte gesondert aufzuführen. Auch wenn die Flughafengesellschaften diesen Bereich ihrer kaufmännischen Intension einer großen und zunehmenden Bedeutung beimessen, ist es weder zu verantworten, Transitreisende buchhalterisch in Kampfanzüge zu stecken, noch den kämpfenden Truppen des Herrn Bush nur völkerrechtlich bedenklichen Erholungsflüge zuzuschreiben.

So ist den Kaufleuten der Flughafengesellschaften zu bescheißen, dass es über Jahre einen Rückgang der Fluggästekosten gab. Aus den Dornröschenschlaf küssen die Politfürsten und kühnen Kaufmannsleute auch mit dem Bau der Nordbahn und der uneingeschränkten Betreiberlaubnis den Provinzflughafen nicht.

Auch aus den Gerichtsbeschlüssen von immer mehr Nachtflugverboten an fast allen Flughäfen Deutschlands war kein Kapital zu ziehen. Für die Zukunft ist mit dem Ausbau des Flughafens Berlin/Schönefeld ein weiterer Rückgang der Passagierzahlen zu erwarten. Trotz bereits bestehender großzügiger Flughafeninfrastruktur und enormer Ressourcen auf den Leipziger Pisten wollen zu wenige von hier aus in die weite Welt starten.

Wie die bisherige Entwicklung des Passagieraufkommens einzuschätzen bleibt, ist auch die bisherige Entwicklung des Luftfrachtaufkommens zu bewerten. Es war keine Steigerung an Tonnage und an Flugbewegungen bis einschließlich 2005 ersichtlich.

Frachtaufkommen in Mill. t:

CARGO	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	15,3	14,4	15,0	15,8	10,3	12,9	29,3

Die Entscheidung der DHL, ab 2008 in Leipzig/Halle ihr Europa-Drehkreuz einzurichten, warf erst 2006 ihren Schatten auf das Rollfeld. Bereits im August 2005 wurde der DHL-Flugbetrieb von Berlin/Schönefeld nach Leipzig/Halle verlagert.

Das Ausmaß ungenutzter Kapazitäten auf unserem Flugplatz wird im Vergleich mit anderen Flughäfen deutlich. Während es zum Beispiel in Düsseldorf auf einer Flughafenfläche von 605 ha jährlich 215 552 Flugbewegungen gibt, dabei 16,6 Millionen Passagiere und über 60 Millionen Tonnen Luftfracht befördert werden, hat Leipzig/Halle bei einer Flughafenfläche von 1400 ha gerade einmal 42 333 Flugbewegungen, befördert werden dabei 2,35 Millionen Passagiere und 29 Millionen Tonnen Luftfracht. Den Gutachten der Flughafengesellschaft

Hohe Gewinne auf Kosten von Lebensqualität, Gesundheit und Menschenleben

nach verfügte der Flughafen bis 2005 über erheblich ungenutzte Ressourcen aller flugbetrieblichen Voraussetzungen. Obwohl alle Entscheider am und um den Flughafen von der Tatsache wussten, dass der Verkehrsflughafen Leipzig/Halle bereits wesentliche technische und infrastrukturelle Vorbedingungen erfüllte, die ein leistungsfähiger Frachtthub erfordert, bewerteten diese Behörden den vorgesehenen hochinvestiven Ausbau als „vernünftigerweise geboten“.

Zur militärischen Nutzung des Flughafens

Das Vorherrschen militärischen Denkens der Bundesregierung Deutschland durchdringt zunehmend das gesamte wirtschaftliche, gesellschaftspolitische und kulturelle Leben unserer Gesellschaft. Militärstrategische Entscheidungen der Politik verheißt der Flughafengesellschaft Leipzig/Halle höchste Gewinne. Andererseits gewinnen betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte bei der aktuellen Einsatzführung global operierender deutscher Kampfeinheiten erheblich an Bedeutung.

Die Bundeswehr setzt seit Beginn der Afghanistan-Mission im Januar 2002 die An-124-100 ein. Zwar wurden anfänglich immer wieder einmal die hohen Kosten kritisiert (269 000 US-Dollar für einen Flug Köln-Kabul mit 80 Tonnen Fracht). Diese Preise erklärten sich aber zu jener Zeit durch das von Deutschland gewählte Verfahren der Ausschreibung, bei dem Verträge an deutsche Spediteure vergeben wurden, die dann Unteraufträge erteilten.

Als Ergebnis eines Ausschreibungsverfahrens und anschließender Vertragsverhandlungen wurde der SALIS-Vertrag schließlich am 26. Oktober 2005 zwischen der NATO Maintenance and Supply Agency (NAMSA) und der Ruslan SALIS GmbH als Auftragnehmer unterzeichnet. Die an dieser NATO-Initiative teilnehmenden Staaten müssen festgelegte Kosten für die Aktivierung

entrichten.

Im Gegenzug haben sich die derzeit 18 Teilnehmer verpflichtet, als Gemeinschaft 2000 Flugstunden in Gänze, weitere 2800 Flugstunden teilweise sowie Kosten für den Betrieb der Operationsbasis Leipzig/Halle zu finanzieren. Die Aufteilung der Kosten unter den Teilnehmern erfolgt abgestuft auf der Basis festgelegter Programmanteile sowie anhand der nach nationalen Entscheidungen eingegangenen Verpflichtungen zur Abnahme von Flugstunden.

Mit der als Übergangslösung unwahr deklarierten militärstrategischen Umsetzung des NAMSA-Vertrages gelang es der NATO, die Kosten insgesamt wie auch in allen einzelnen Betrieben effizient zu senken. Aus den NATO-Verträgen erwirtschaften die beiden fliegenden Akteure hohe Erlöse. Innerhalb des langfristig angelegtem Ruslan-SALIS-Projekts führte die Volga-Dnepr-Gruppe im



Mitglieder der Aktionsgemeinschaft „Flughafen natofrei!“ attackieren auf der Flugshow am 7. Juli einen Tornado mit blutrottem Ketchup. Schließlich: Auch der weißgestärkte Paradeack deutscher Außenpolitik ist wieder blutverschmeiert. Die ausgestellten Kriegsflugzeuge wurden daraufhin weiträumig abgesperrt.

Fotos: AG/ T. Schleip



vergangenem Jahr 220 Flüge durch und transportierte 13500 Tonnen Ladung. Dabei erwirtschaftete das Unternehmen einen Gewinn von 70,2 Million US-Dollar.

Zahlungen aus NATO-Verträgen in Millionen Euro:

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
LS	2,677	5,524	10,413	15,220	27,516	17,172	13,261
SALIS							47,662

Alein im Geschäftsjahr 2006 betrug der gemeinsame Gewinn der Volga-Dnepr und der Antonov-Fluglinien aus den NATO-Initiativen Ruslan Salis GmbH (Leipzig/Halle) und Ruslan international Volga-Dnepr UK Ltd. (Stansted, GB) 122 Million US-Dollar. Die genannten Fluggesellschaften werden in den nächsten Jahren insgesamt 10 neugebaute Flugzeuge des Typ An 124-100M-150 in ihre Dienste und somit der NATO zur Verfügung stellen.

Die Geschäftsleitung der Volga-Dnepr-Gruppe bestätigte die ab 2008 jährliche zusätzliche Inbetriebnahme von je einer An 124-100M-150. Die neuen Großtransporter werden ca. 165 Tonnen tragen können, über eine modernere Innenausstattung verfügen und mit leistungsstärkeren Triebwerken ausgerüstet sein. In Ausübung seiner zentra-

len Dispositionsaufgaben im Bereich Verkehr und Transport fungiert dabei das Logistikzentrum der Bundeswehr (LogZBW) in Wilhelmshaven als nationale Ansprechstelle im Rahmen von SALIS. Allein die beiden in Leipzig stationierten Luftfahrzeuge sind technisch in der Lage, jährlich bis zu 4800 Flugstunden zu leisten. Sie stehen sowohl für nationale als auch multinationale Auf-

Fortsetzung auf Seite 7

Von **Gunter Preuß**

Um dem 2008 mit voller Wucht über den Norden von Leipzig hereinbrechenden Lärm des Fortschritts, der sich im Osten auch nachts austoben darf, zu entfliehen, bin ich vom Schkeuditzer Flughafen weg an den Auenrand nach Lützschena gezogen. Ich war von Beginn an im Widerstand gegen die letztendlich menschenfeindliche Zielsetzung, den Ausbau des Flughafens in Nähe von dicht besiedeltem Gelände und eines Landschaftsschutzgebietes zu einem schmutz- und lärm-speienden Moloch zu forcieren. Die Verliererrolle war den Oppositionellen trotz demokratischen Gehabes von Politik und Wirtschaft von vornherein zugeschrieben. Ich habe den Umzug nach mehreren Gesprächen mit Flughafenverantwortlichen in gutem Glauben auf Besserung meiner Wohnlage vollzogen. Von einer neuen Flugroute, die nun auch die Lützschenaer und Stahmelner beunruhigt, war da nie die Rede. Wohl wissend, dass zur Durchsetzung des „Wunders von Leipzig“ geballte Macht am Werke ist, habe ich – ein Narr eben – auch weiterhin meine Stimme dagegen erhoben. Das *Prinzip Hoffnung* aber kann nur einer dieser Macher zum Zweck der Volksverdummung in die Welt gebracht haben. Doch dem Verlierer bleibt nur dieser fragwürdige *Lichtblick*, um nicht an den Gegebenheiten vollends zu verzweifeln. Nach dem Erleben einer Diktatur sehe ich mich mit vielen anderen von einer Demokratie enttäuscht, die im Wesentlichen auch nur von den Mächtigen diktiert wird. Deren Verständnis von Freiheit schließt eben

Das Geschehen um die Erweiterung des Flughafens Leipzig-Halle ist inzwischen eine Farce, von Politik und Wirtschaft inszeniert und vom Volk teuer bezahlt.

nur recht begrenzt und pro forma die Mitsprache Andersdenkender mit ein. Aus der Mehrheitsdemokratie ist inzwischen ein gewaltiger *Apparat corrigere la fortune* – dem Glück ein wenig nachhelfen – geworden. Die Wirklichkeit ist ein Dieb, der uns unsere Träume stiehlt. Gerade habe ich an einer öffentlichen Sitzung des Ortschaftsrates teilgenommen, wo unter TOP 6 die „Beratung zum Fluglärm nach Einführung neuer Flugrouten“ angezeigt war. Das Geschehen um die Erweiterung des Flughafens Leipzig-Halle ist inzwischen eine Farce, von Politik und Wirtschaft inszeniert und vom Volk teuer bezahlt. Eine *Farce* ist ebenso ein derbes Lustspiel wie eine aus verschiedenem Gehacktem zubereitete

Füllung. Mir erscheint hier eine weitere Wortbedeutung – Verhöhnung eines Geschehens – am zutreffendsten. Schnell ist man da in ein Gestrüpp von Lügen und Halbwahrheiten geraten, in dem der Wahrheitssucher an seinem bisschen Verstand zweifelt, sich die Haut wund scheuert und die Zähne ausbeißt. Trotz meines von der Erfahrung geprägten Misstrauens musste ich mir bald meine Blauäugigkeit hinsichtlich der Wirklichkeit vorwerfen. Unter der Wortblase

wie im Märchen geschehen – ohne Weiteres die eigene Großmutter erschlagen und für einen Scheffel Geld auf dem freien Markt anbieten würde. Die Anwohner kilometerweit um den Flughafen sind jedenfalls schon verraten und verkauft. Im Getöse des Fluglärms spricht kaum noch einer von der doch zumindest ebenso bedrohlichen Luftverschmutzung. Doch sie senkt sich lautlos aus den Wolken, wo ja die Freiheit für die Luftbosse zumindest über dem Norden Leipzigs

zum Profit. Im Sozialismus habe ich mich oft für ein Geschehen, das ich nicht mitverantworten wollte, geschämt. Im Kapitalismus, dem derzeitigen Sieger der vertrackten Geschichte, erregt es meinen Widerwillen.

Eine Farce belebt sich manchmal auch mit i-Tüpfelchen aus der Provinz. Der Versammlungsleiter der Lützschenaer Sitzung, Mitglied einer Partei, die sich den kleinen Leuten nahestehend sieht und ihr Interessenvertreter sein will, zeigte sich in Anspruch genommen, Zwischenrufer knurrig zurechtzuweisen und die Punkte der Tagesordnung abzuhaken. Der Eindruck kam jedenfalls nicht auf, dass er als Mitglied des Ortschaftsrates mit Verweigerung des Interesses der Bürger vertritt. Ein Schelm, wer da Böses denkt. Ich denke aber, dass es eine Menge Leute gibt, die für alles und nichts stehen und in die Knie gehen, wenn sie nur im Schatten der Mächtigen sein dürfen und hier und da einen Happen vom goldenen Tellerchen zugeworfen bekommen. Der für die Reichen und Schönen ausgelegte rote Teppich ist von einer dicken Schleimschicht überzogen. Dem Vertreter des Flughafens hingegen, Lärmschutzbeauftragter und vielseitig einsetzbarer „Prügelknabe“, konnte man anmerken, dass er sich in Stoizismus – frei übersetzt: Leckt mich doch alle am ... – gerettet hat, wobei ihn seine vermutlich gut bezahlte Stellung bittere Pillen leichter schlucken lässt.

Ich möchte meine erneute Wortmeldung auch als Aufruf zum gewaltlosen Widerstand verstanden wissen, an den gerade die Leipziger sich noch erinnern sollten. Heute ist er an mancherlei Ort und eben auch in und um Schkeuditz wieder

Die unendliche Geschichte vom kleinen und vom großen Klaus

Wirtschaftlichkeit, die sich natürlich rechnen muss – in der DDR hieß es: Alles zum Wohl des Volkes –, soll auch jedes krumme Ding dem Betrachter gerade erscheinen. Wir alle kennen ja das Märchen „Der kleine und der große Klaus“, das man gut und gern auch als Lehrstück zum real existierenden Kapitalismus lesen kann. Dirk Schümer, Europakorrespondent der FAZ in Venedig, vermerkt dazu: *Auf knapp fünfzehn Buchseiten geschehen in diesem Märchen: ein Mord, ein Totschlag, ein Selbstmord, drei Mordversuche, ein Ehebruch. – Der große und der kleine Klaus, ganz ordinäre dänische Bauersleute, arbeiten ohne Tricks; sie kommen mit dem bewährten Reservoir humaner Missetaten aus, das keinem Staatsanwalt juristische Probleme bereiten würde. – Andersens ... bediente sich einer realistischen Volkserzählung aus dem heimischen Fünen. Es soll ja Kinder und vor allem Erwachsene geben, die sich noch Illusionen über das Schlamassel machen, das ihnen im Leben bevorsteht. Für solche Fälle ist dieses kernige Märchen genau das richtige.*

Dazu kann ich mich des Gedankens nicht erwehren, dass man auch hierzulande –

nun grenzenlos ist, auf uns herab. Ich höre den Flughafenchef – gehandelt als *Überflieger mit Bodenhaftung, jung, dynamisch, professionell* – noch tönen, dass von Militär auf seinem Flughafen keine Rede sein kann. Aber in der Hitze des Erfolgs taut der Schnee von gestern. Der Fluglärm am Tag ist bei dem Ausmaß der zu erduldenen Eingriffe in unser Leben kaum noch Gesprächsstoff. Jetzt will die Ferienfluggesellschaft „Condor“ vor Gericht ziehen, die Chefs finden es absolut nicht verständlich, dass die brüllenden Frachtflieger nachts starten und landen dürfen, aber ihre flüsternden Passagiermaschinen nicht. Sie meinen, hier gehe es nicht um die Schonung der Umwelt, sondern allein um wirtschaftliche Belange. Da hat mir doch endlich mal ein Multi beim Tauziehen um Milliardenprofite aus der Seele gesprochen. Wir sind eben doch alle gleich, nur der eine hat's und der andere hat's nicht.

Eine Kette ohne Ende, die sich auf kurz oder lang immer enger um unser aller Hals zusammenzieht. Es hätte außer Schkeuditz auch zivilisierte und vorbildliche Wege nach Rom gegeben; aber der Kapitalist geht bekanntlich immer den kürzesten, weil für ihn billigsten Weg

Dazu kann ich mich des Gedankens nicht erwehren, dass man auch hierzulande – wie im Märchen geschehen – ohne Weiteres die eigene Großmutter erschlagen und für einen Scheffel Geld auf dem freien Markt anbieten würde.

vonnöten. Ich selbst, eigentlich kein Freund großen Aufsehens, zögere nicht, auch im fortgeschrittenen Alter an spektakulären Aktionen teilzunehmen. Die einzige Chance, die der mündige Bürger noch hat, um gehört zu werden, ist, das fokussierende Interesse der Medien auf die Sache zu lenken. Nichts fürchten Saubermänner aus Politik und Wirtschaft so sehr wie das Sichtbarwerden von Schmutzflecken auf ihrer blütenweißen Weste.

Es ist ja nicht so, dass meine wiederholten Wortstücke schmerzlich-leidenschaftlichen Charakters mir inzwischen nicht selbst auf den Nerv gehen; aber zur schweigenden Mehrheit möchte ich, gerade als Deutscher, nun gar nicht gehören.

Fortsetzung von Seite 6

träge zur Verfügung. Nach Angaben des Bundesministeriums der Verteidigung (Fü S IV 4), „zeichnet sich ab, dass auch langfristig ein noch zu ermittelnder Bedarf zum Lufttransport übergroßen Materials bestehen wird. Es wird spätestens bis Ende 2007 über die künftige Gestaltung des Projekts zu entscheiden sein“.

Weder die dienstwillige Abwicklung waffenbrüderlicher Schwertransporte im Auftrag der NATO noch die Flüge von

US-Militärpersonal und Gerät über den Leipziger Flughafen wollen die Planfeststellungsbehörde oder das Sächsische Staatsministerium völkerrechtlich bewerten.

Im Zeitraum Juli 2006 bis einschließlich März 2007 sind von den amerikanischen Fluggesellschaften World Airways und North American Airways insgesamt 2050 Flugbewegungen durchgeführt worden. Solange der allein zuständige Bund keine Konflikte mit dem Völkerrecht feststellt, haben weder die Landesbehörden noch der Flughafenbetreiber Anlass, an der

Rechtskonformität der Flüge und der technischen Zwischenlandungen zu zweifeln.

Ob in Zukunft ganze Armeen von bis zu 800 Tausend GIs oder bald weit mehr als eine Millionen amerikanische Bürger im Kampfanzug über Leipzig/Halle in die Kriegsgebiete starten, hängt nach Ansicht der sächsischen Landesbehörden insbesondere davon ab, welchen politischen Entwicklungen die Einsatzgebiete unterliegen und mit welchen Instrumenten die internationale Politik darauf reagieren wird.

Wir sagen dazu „Nein!“

Es werden auch in Zukunft engagierte Bürger sein müssen, die unbequeme Fragen stellen, die bei unpassend erscheinenden Anlässen ihren Forderungen Nachdruck verleihen, um auch so auf Alternativen zur militanten Geschäftstätigkeit auf ihrem Flughafen hinzuweisen.

**• LUTZ METZGER
AKTIONSGEMEINSCHAFT
„FLUGHAFEN NATOFREI!“**

Der Baum

„Bäume sind Heiligtümer. Wer mit ihnen zu sprechen vermag und ihnen zuzuhören weiß, der erfährt die Wahrheit“, meinte einst der Dichter Hermann Hesse. Viele Kulturen verehren sie als Mittler zwischen Himmel und Erde, zwischen den Menschen und anderen Lebewesen. Jede Baumart besitzt aber auch ein eigenes Wesen, eine individuelle Ausstrahlung. Die nebenstehende Platane mag ungefähr 120 Jahre alt sein und wurde jetzt im hohen Lebensalter zum Streitfall.

Ihr Besitzer nutzte ihre gewachsene Schönheit, um gegen den Umbau des Leipziger „Ariowitsch-Hauses“ in ein Jüdisches Begegnungszentrum zu protestieren. Sein Hauptargument: Der Baum würde durch die Bauarbeiten leiden und vermutlich absterben. Ja, so etwas passierte im vergangenen Jahr in Leipzig. Acht Monate später, nebenstehendes Foto beweist es, lebt der Baum und auf dem Bau ist ebenfalls Leben.

Die Bauherren ließen sich etwas einfallen und so bekam das tolle Gewächs wöchentlich einen riesigen Vitamincocktail. Das der angebliche Naturfreund von nebenan auf seinem Grundstück inzwischen einen anderen gesunden Baum abholzte, sei hier nur am Rande erwähnt.

Könnte die Platane reden, dann wäre zu erfahren, dass das „Ariowitsch-Haus“ seit Jahrzehnten in dieser Stadt Ängste und Hoffnungen auslöst. Gehen wir darum in jene Zeit zurück, als die Platane vermutlich noch nicht gepflanzt war.

Mitte des 19. Jahrhunderts wuchs die Anziehungskraft Leipzigs als Geschäfts- und Handelsmetropole. Sie entwickelte sich zu einem Zentrum europäischen Kultur- und Geisteslebens. Somit günstige Bedingungen für rasches Bevölkerungswachstum und auch eine empfohlene Adresse für Zuwanderer. Anno 1800 lebten in der Stadt annähernd 50 Menschen jüdischer Herkunft. 1871 wissen es die Dokumente bereits genauer und geben die Zahl 1739 an. 1931 wurden 12.594 registriert.



Auch beim Rundgang durch die Baustelle wurde der „Baum des Anstoßes“ begutachtet. Sein Besitzer missbrauchte die Platane als „Argument“ gegen das Gemeindezentrum. Die Bauleute sorgten mit „Vitaminspritzen“ für Wachstum.

Foto: Gerd Eiltzer

des Anstoßes

Die aus Osteuropa eingewanderte Familie Ariowitsch gehörte bald zu den bekanntesten Pelzhändlern der Stadt. Julius Ariowitsch baute am Brühl, relativ rasch, sein international tätiges Rauchwarenunternehmen auf. Ein Mann, der keine Publicity liebte.

Zwei Jahre vor Hitlers Machtergreifung regte das ansässige „Jüdische Gemeindeblatt“ die Schaffung eines Altersheimes im Stadtgebiet an.

Am 17. Mai 1931 öffnete dann das von dem Architekten Emil Franz Hänsel geschaffene „Sächsische Israelitische Altersheim“ mit einer Kapazität von zunächst 35 Plätzen. Es sollte „älteren Juden beiderlei Geschlechts, die ihren Unterhalt nicht mehr selbst verdienen können, Heim und Aufenthalt gewähren.“

Deutschlandweit galt der Standard des Hauses als vorbildlich.

In fast keinem anderen Haus dieser Stadt spiegeln sich später Hoffnung und Verzweiflung so konkret wider. Stichpunkte müssen hier genügen.

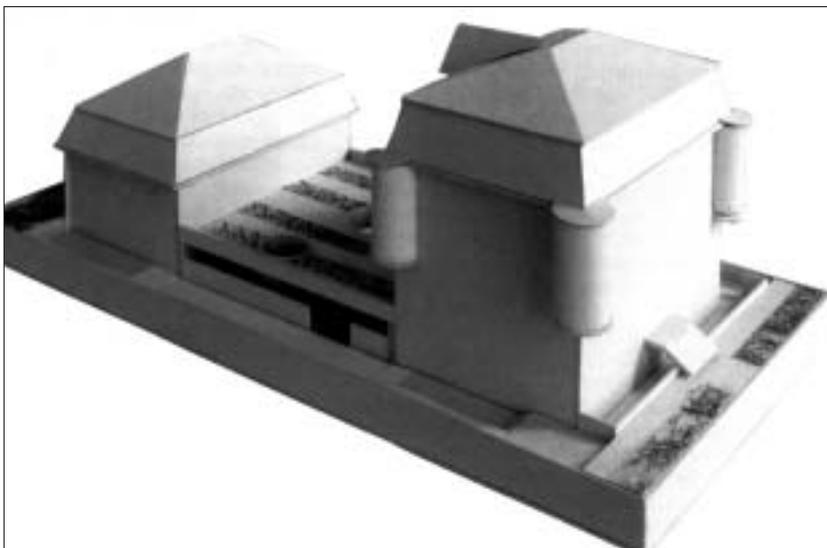
Die Nazis machten es zum „Judenhaus“ für diejenigen, die aus ihren Wohnungen gejagt wurden. Später richtete die Gestapo hier ihre Leitstelle ein. Nach der Befreiung wurde auf den Gängen zunächst Englisch später Russisch gesprochen, denn die einrückenden Besatzungsmächte fanden ebenfalls Gefallen an dem Gebäude. Dann übernahm es die Stadt und bis 1991 war es erneut ein kleines Altenheim.

All das könnte die Platane erzählen, wenn sie könnte. Inzwischen (siehe nebenstehende Chronik) ist neues Bauleben in die beiden Gebäude eingezogen. Mit allen Schwierigkeiten, Hoffnungen und Ängsten, die diesem Haus schon immer innewohnten.

Das ursprüngliche Ziel, dieses Jahr zu eröffnen, ist nicht mehr zu erreichen. „Aber man sieht, dass man baut“, lächelt Kuf Kaufmann und entführt uns mit Witz und Charme in die noch im Moment kaum begehbbare Adresse. Aber viele folgten seiner Einladung und bekamen einen ersten unvollkommenen Eindruck von dem, was hier in den nächsten Monaten vollendet werden wird. Ein Haus für die Jüdische Gemeinde, das aber auch Brücken zu seinen Nachbarn schlagen wird.

• MIICHAEL ZOCK

Drei Bilder – drei Dimensionen



Modellprojekt des künftigen Gemeindezentrums: Vorn rechts die Eingangszone des erhaltenen Hauptgebäudes, seinerzeit in Anlehnung an eine Thora-Rolle projiziert. Zwischen dem hinteren Hofgebäude und dem Vorderhaus wird ein neuer Gemeindesaal gebaut.

Oben rechts: Eine historische Aufnahme des jüdischen Altenheimes kurz nach der Eröffnung im Jahre 1931.

Unten rechts: Die von der Familie Ariowitsch gestiftete Gedenktafel, die im künftigen Eingangsbereich ihren Platz finden wird.

Fotos: Archiv Bürgerverein



Juristische Spitzfindigkeiten contra Begegnungszentrum

Chronologie des Projektes „Synagoge und Begegnungszentrum“

Mai 1999

Die Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig unter dem damaligen Vorsitzenden Aron Adlerstein wendet sich mit einem Brief an den Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee mit der Bitte um ein Gespräch zu einem möglichen Neubau einer Synagoge und eines jüdischen Gemeindezentrums.

Juni 1999

Während eines Gesprächs im Neuen Rathaus an dem unter anderem der Landesrabbiner Dr. Almekias Siegl teilnimmt, spricht der OBM von „einer Bringschuld der Stadt Leipzig gegenüber der Israelitischen Religionsgemeinde.“ Ein geeignetes Grundstück für das Projekt wird gesucht.

September 2000

Nach intensiver Beratung innerhalb der jüdischen Gemeinde wird das Projekt geteilt: Zum einen in die Erweiterung der Kapazität der vorhandenen Synagoge Keilstraße und zum anderen in den Bau eines Begegnungszentrums in der Auenstraße (heute Hinrichsenstraße). Erste Entwürfe eines Architekturbüros werden diskutiert.

Dezember 2000

Der Kabarettist Bernd - Lutz Lange übernimmt den Vorsitz des neu gegründeten Vereins „Synagoge und Begegnungszentrum Leipzig“. Er umfasst anfangs 22 Mitglieder. Ein Kuratorium wird ebenfalls gegründet.

März 2001

Die Stadt Leipzig will sich mit 3,25 Mio. DM (ein Drittel der Kosten) an der Realisierung beteiligen. Der Stadtrat stimmt einstimmig zu.

Mai 2001

Der sächsische Ministerpräsident Biedenkopf sagt die Förderung durch den Freistaat zu.

Oktober 2001

Nach Einladung von fünf Architekturbüros findet ein Auswahlverfahren zum Projekt Begegnungszentrum statt.

Juni 2002

Erstmals treten Schwierigkeiten mit Nachbarn des Grundstückes Hinrichsenstraße 14 auf, die den Zutritt zu ihren Grundstücken verweigern. Dieser ist für wichtige Untersuchungen des Baugrundes jedoch nötig.

August 2002

Die Stadt Leipzig erteilt mit Auflagen die Baugenehmigung für das Vorhaben. Sie wird an die einzubeziehenden Nachbarn geschickt. Die Widerspruchsfrist läuft bis Ende September. Gemeinde und Verein planen den Baubeginn für den 7. Oktober 2002.

Oktober 2002

Die jüdische Gemeinde erhält zunächst zwei Widersprüche. In einem wird der Aufschub des Baubeginns gefordert. Als sich die Widersprüche auf fünf erhöhen wird der geplante Baubeginn abgesagt. Der Beigeordnete Lütke Daldrup lädt alle in Widerspruch gegangenen Parteien zum Gespräch, deren Bedenken werden nicht beseitigt. Die Architekten arbeiten weiter.

Januar 2003

Die Gemeinde fragt beim Regierungspräsidium nach dem Stand der Verfahren und erhält die Auskunft: keine Zeitangabe möglich.

Februar 2003

Zwei Widersprüche werden vom Regierungspräsidium abgelehnt. Zur Abarbeitung der übrigen kann kein Termin genannt werden.

April 2003

Der dritte avisierte Termin für einen Baubeginn im Juli wird abgesagt. Die Vorgänge machen unter der Überschrift „Man will uns hier nicht“, Schlagzeilen in der internationalen Presse.

Juli 2003

Sachsen steht zu seiner Zusage und stellt die Fördersumme in den Haushalt 2003/2004 ein.

September 2003

Da kein Termin für die Gerichtsverfahren bekannt ist, wird vorgeschlagen, am Grundstück mit bauvorbereitenden Maßnahmen zu beginnen. Nach Aufstellung eines Bauschildes erhält der Oberbürgermeister Brief von Bürgern des Waldstraßenviertels, die ihr Unverständnis über den Baubeginn mitteilen.

Januar 2004

Der Vorstand des Vereins „Begegnungszentrum“ berät über eine öffentliche Informationsveranstaltung in Kooperation mit dem Bürgerverein „Waldstraßenviertel“.

März 2004

Die Veranstaltung findet in der überfüllten Aula der Leibnizschule mit sehr starker Medienpräsenz statt. Es tauchen Handzettel gegen das Projekt auf.

Mai 2004

Das Verwaltungsgericht lehnt die Klagen ab. Eine Berufung ist nicht möglich. Ein Klageführer hat daraufhin Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht Bautzen eingelegt.

Juni 2005

Ein Bürgerfest findet am künftigen Begegnungszentrum zum Abschluss der „Jüdischen Woche“ statt. Bisher sind durch Spenden 180 000 Euro gesammelt worden.

April 2006

Am 24. 4. erfolgt mit großer Resonanz und Verzögerung(!) der erste Spatenstich.

Juli 2006

Durch erneutes Insistieren eines Nachbarn wegen einer angeblich durch das Projekt gefährdeten Platane kommt es zum Bauverzug. In der Folge stellt eine Firma die Arbeiten ein und zieht mit sämtlichem Gerät ab. Die Baustelle muss gesichert werden. Grundwasser dringt ein.

Oktober 2006

Die Bauabläufe sind umgestellt worden. Dach und Fenster werden in Angriff genommen.

Januar 2007

Das Begegnungszentrum soll im Oktober 2007 fertiggestellt werden. Die Einweihung ist für den 9. November vorgesehen. Es zeigt sich aber schon, dass dieser Termin nicht eingehalten werden kann.

Juli 2007

Während eines Baurundganges verkündet Kuf Kaufmann, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Leipzig den wahrscheinlichen Eröffnungstermin für dieses bundesweit einmalige Begegnungszentrum: Mai 2008.



Das ehemalige alte Kellergeschoss im „Ariowitsch-Haus“ nutzte die Gestapo als Folterkeller für Gefangene.



Verschaltungsarbeiten zwischen Haupt- und Nebengebäude.
(Fotos:Eiltzer)



Ungewöhnlicher Blick in den künftigen tiefgelegenen Gemeindesaal. Der Eingang wird sich links befinden.

Masur: Ehrendirigent und Ehrenzimmermann

Will man das Wirken des dieser Tage 80 Jahre gewordenen Kurt Masur auf einen kurzen Nenner bringen, dann heißt der: unermüdete Arbeit im Dienste der Musik. Sie begann für den im schlesischen Brieg Geborenen nach Studien an der Landesmusikschule Breslau (1942/44) und an der Musikhochschule Leipzig (1946/48) in der Provinz.

Von **WERNER WOLF**

Die musikalische Grundlage für sein Leben sieht Masur im Volkslied. Mit den Geschwistern sang er abends Volkslieder vor dem Einschlafen. Bald spielte er am Klavier seiner älteren Schwester. Seiner Klavierlehrerin in Brieg verdankt er eine Grundhaltung, die seine gesamte Laufbahn prägte – die Ehrfurcht und Demut gegenüber dem Kunstwerk.

An der Oper in Halle gewann der junge Künstler als Korrepetitor und Dirigent erste praktische Erfahrungen. 1951 engagierte ihn das Theater Erfurt als 1. Opernkapellmeister. Zwei Jahre später berief ihn die Leipziger Oper in die gleiche Position neben Heinz Fricke. Hier begann bereits die Zusammenarbeit mit dem in der Oper spielenden Gewandhausorchester. Mit „Figaros Hochzeit“ von Mozart, „Iphigenie auf Tauris“ von Gluck und „Sly“ von Wolf-Ferrari fand Masur besondere Anerkennung. Aber er bewies auch mit Lortzings „Waffenschmied“, welche Qualitäten dieser Musik eigen sind.

Dann holte Heinz Bongartz 1955 Masur als zweiten Dirigenten an die Dresdener Philharmonie und ebnete den Weg zum Konzertdirigenten. Das Orchester musizierte gern unter Masur, und das Publikum liebte ihn. 1958 wurde Masur in die erste Chefposition berufen, und zwar zum Generalmusikdirektor der Mecklenburgischen Staatskapelle Schwerin. Schon 1960 folgte dann die Verpflichtung an die Komische Oper Berlin. Felsenstein wusste, dass er sich mit Masur einen Partner an die Seite holte, der auf unbedingte Übereinstimmung von Szene und Musik besteht. Als 1964 Masur diesen Vertrag löste, stieß das nicht auf Verständnis im DDR-Kulturministerium. Drei Jahre war der auf kontinuierliche Ensemblearbeit bedachte Dirigent auf (von ministerieller

Seite nicht eben geförderte) Gastdirigante angewiesen.

Mit der Verpflichtung zum Chefdirigenten der Dresdener Philharmoniker endete 1967 die Zeit ohne Orchester. Masur sah in dieser Position eine langfristige Wirkungsmöglichkeit mit weit gesteckten Zielen. Er begann mit der Gestaltung von Zyklen, die er in Leipzig ab 1970 ins Zentrum seiner Arbeit rückte.

Die Berufung in die Messestadt betrachtete der damals 43-Jährige als die sein weiteres Künstlerleben erfüllende Position. Die von Mendelssohn Bartholdy und Nikisch geprägte Gewandhaus-tradition mit dem Blick nach vorn weiterzuführen, verstand er als große Herausforderung. Den Begriff Kapellmeister wertete er umfassend, auf die Gesamtentwicklung eines Orchesters bedacht, nicht eng auf das Dirigieren begrenzt.

Diese Auffassung veranlasste ihn, sich mit ganzer Kraft für den Bau eines Gewandhauses einzusetzen. Als der für 1971 und dann für 1975 anvisierte Beginn wieder verschoben werden sollte, wandte er sich mit einem unbestechlich argumentierenden Brief an Erich Honecker. Während der Bauarbeiten kümmerte sich Masur um den planmäßigen Fortgang, setzte alle Hebel in Bewegung, wenn wegen Materialschwierigkeiten Verzögerungen drohten. Zu Recht wurde der immer wieder mit Schutzhelm auf der Baustelle erscheinende Dirigent als „Ehrenzimmermann“ bezeichnet.

Bevor das neue, das dritte Gewandhaus am 8. Oktober 1981 eingeweiht wurde, bereitete Masur das Orchester sorgfältig auf die Anforderungen vor, die das Haus stellen würde. Die zur Tradition des Gewandhauses gehörenden Zyklen – der erste fand 1825/26 noch zu Lebzeiten Beethovens mit dessen

neun Sinfonien innerhalb einer Spielzeit statt – verstand Masur als eine Möglichkeit, zum einen die Spielkultur des Orchesters kontinuierlich zu erhöhen und zum anderen, den Konzertbesucher systematisch mit dem Schaffen großer Meister vertraut zu machen.

Der 200. Geburtstag Beethovens gebot, in Masurs erster Gewandhaus-Saison 1970/71 einen Zyklus mit den neun Sinfonien Beethovens zu gestalten, dem einige Jahre später eine Schallplatten-Gesamtaufnahme folgte. Bis zu Gustav Mahler und



Foto:LN Archiv

Richard Strauss wurden alle großen deutschen und österreichischen Sinfoniker des 19. und frühen 20. Jahrhunderts mit Zyklen gewürdigt, aber auch Dvorák, Debussy, Ravel und Prokofjew. Andere Zyklen wie „Internationale Meisterwerke“ und „Heitere Werke großer Meister“ rückten Komponisten verschiedener Länder des 19. und 20. Jahrhunderts ins Blickfeld. In Zusammenhang damit entstanden weitere Schallplattenaufnahmen aller Sinfonien von Mendelssohn, Schumann, Bruckner, Brahms, aller sinfonischen Dichtungen von Liszt.

Aufgeschlossenheit für Schostakowitsch war in den ersten Konzerten im neuen Haus durchaus noch nicht bei allen Besuchern vorhanden. Manche kamen, wenn ein Konzert mit Schostakowitsch begann, erst nach der Pause zu Beethoven. Als der Dirigent listig die Programmfolge ohne Ankündigung umstellte und mit Beethoven begann, stellten die erst zur Pause gekommenen Besucher fest, dass es sich auch lohnt, Schostakowitsch zu hören.

Bei den nicht wenigen Aufführungen neuer Werke konzentrierte sich Masur auf Komponisten, die seinen Erwartungen an neue Musik am nächsten kamen. Dazu gehörten auch keineswegs bequem zu spielende und zu hörende Werke wie die

abendfüllende Michelangelo-Sinfonie von Friedrich Schenker. Der Dirigent beließ es nicht bei einmaligen Ur- oder Erstaufführungen neuer Werke, sondern zeigte sich mit Wiederaufführungen darauf bedacht, Neues vertraut werden zu lassen. Werke von Siegfried Matthus und Siegfried Thiele, Alfred Schnittke und Gija Kantscheli sind hier vor allem zu nennen.

Auch als Kurt Masur inzwischen auf den Orchesterreisen und als Gastdirigent längst internationale Anerkennung gefunden hatte, blieb er fern von Starallüren Diener am Werk. Ihm ging es um die Vermittlung musikalischer Botschaften, um die humanisierende Kraft der Musik. Seine humanistische Haltung drängte ihn in der Krisensituation im Herbst 1989 dazu, gegen öffentliche Gewalt aufzutreten. Dabei fand er – das darf nicht vergessen werden – in den zu dieser Zeit die Verantwortung tragenden Sekretären der SED-Bezirksleitung, in Roland Wötzel, Kurt Meyer und Jochen Pommert Bundesgesenen.

Es war nur eine Frage der Zeit, dass Kurt Masur Chefpositionen ausländischer Spitzenorchester angeboten wurden. Dennoch sahen einige der 1991 erfolgten Berufung nach New York skeptisch entgegen. Doch über elf Jahre, für amerikanische Verhältnisse eine lange Zeit, führte er dieses nicht leicht zu behandelnde Orchester zu neuen Erfolgen. Ein führender amerikanischer Kritiker konstatierte, Masur habe „den verlorenen Ruhm der Philharmoniker wieder hergestellt“.

Bis 1996 nahm Masur zudem seine Verpflichtungen als Gewandhauskapellmeister unvermindert wahr. So wie er speziell seine in Leipzig gewonnenen Erfahrungen für die New Yorker Philharmoniker nutzbar machen konnte, brachte er nun manche in New York gewonnenen Erkenntnisse ins Gewandhaus ein. Die verstärkt aufkommenden Spardebatten, denen er mit den Worten entgegnete, er denke nicht daran, das in 25 Jahren Aufgebaute abzubauen zu helfen, waren ein wichtiger Grund zur Demission als Gewandhauskapellmeister. Bis 1998 dirigierte er noch die bis dahin geplanten Konzerte. Mit der Ernennung zum Ehrendirigenten bleibt er auf besondere und einmalige Weise mit dem Gewandhausorchester verbunden.

Das Ehepaar Blum (Kristin Friedrich und Uli Lehmann) teilte nicht nur Tisch und Bett, sondern auch die freizeitlichen und fortschrittlichen Gedanken.



Foto: Schillerhaus

Blum, Frauen und Metternichs Spitzel

Der Leipziger Autor und Regisseur Robert Uwe Laux hat zum 200. Geburtstag von Robert Blum eine komödiantische Miniatur geschrieben. Die Uraufführung von „Geheimniskrämereien“ im Garten des Schillerhauses konnte zwar den Wettergott nicht gnädig stimmen, dafür die Zuschauer umso mehr, die in die politisch unruhigen Augusttage des Jahres 1845 zurückversetzt werden. Reizvoll und originell erscheint die Idee, dass der Spielort gleichzeitig der Ort des – historischen Ereignissen nachgebildeten – Geschehens ist. Robert Blum (1807–1848) war ein führender Vertreter der kleinbürgerlich-demokratischen Opposition in Sachsen und 1848 Mitglied der Nationalversammlung. Wegen seiner Teilnahme am Wiener Oktoberaufstand im November 1848 wurde er von der Reaktions-

Im Stück nun treffen Robert Blum und Albert Lortzing aufeinander, ebenso wie ihre Angetrauten Jenny Blum und Rosine Regina Lortzing. Der Bösewicht darf auch nicht fehlen: Der Baron Josef Alexander von Hübner ist nicht nur österreichischer Generalkonsul in Leipzig, sondern auch Spitzel im Dienste Metternichs. Mit Witz und doch auch viel Ernst wird eine Zeit ins Bewusstsein gerückt, die man nur aus der Literatur und Geschichtsstunden rekapitulieren kann. Hier wird alles lebendig. Bravo.

Das Schillerhaustheater um Robert Uwe Laux und Dietmar Schulze entwickelt sich zu einer festen Größe in der freien Leipziger Theaterszene. Die Ensemblemitglieder proben und spielen in ihrer Freizeit. Der Charme ist sehr sympathisch.

• D. M.

Landwirtschaft in Sachsen im Umbruch

Das Erscheinen des Jahresbandes 2006 der Schriftenreihe des Heimatvereins Niederfrohna sei zunächst zum Anlass genommen, auf die bisherigen Publikationen hinzuweisen, denn vorgelegt wurde bereits der fünfte Konferenzband zur Geschichte der Region in den Jahren 1939 bis 1960.

Er enthält 22 Beiträge (die teilweise über den gesetzten Zeitrahmen hinausgehen) mit Überblicken, Erlebnisberichten, Dokumenten und Abbildungen aus 20 Orten – faktenreiche Zeugnisse von Akteuren und Betroffenen der Bodenreform und der Genossenschaftsbildung, darunter auch ehemalige Großgrundbesitzer und Republikflüchtlinge. Gezeichnet wird ein lebendiges, vielschichtiges Bild großer demokratischer Prozesse von historischem Rang – die sie in der Tat ungeachtet eines teilweise undifferenzierten, willkürlichen und bürokratischen Vorgehens und Verhaltens waren, von Erscheinungen, die in einigen Beiträgen stark betont werden.

Auch bestimmte Aussagen des Schlusskapitels „Ein vorläufiges Fazit“ (zum Beispiel: „Die Bodenreform war eine Maßnahme der SMA“) werden durch die Berichte in ihrer Gesamtheit nicht gestützt. Die Publikation enthält auch mehrere Nachträge zum Jahresband 2005 (Kriegsende und Nachkriegszeit in Burgstädt).

• G. L.

Wege übers Land. Bodenreform und LPG-Gründung in der Region Borna-Rochlitz-Chemnitz-Glauchau. Miranda Verlag Niederfrohna 2006. 235 Seiten, 9,50 Euro

Nach mehreren Besuchen Venezuelas als Wahlbeobachter der EU hat jetzt der frühere DDR-Botschafter in diesem lateinamerikanischen Land, Otto Pfeiffer (1977–1981), seine in den letzten Jahren gehaltenen Vorträge und Medienbeiträge veröffentlicht. Eine Fundgrube für Interessenten an diesem Erdteil, der in den letzten Monaten immer mehr internationale Öffentlichkeit erreicht. Pfeiffers Schrift belegt, dass Lateinamerika von unten her in Bewegung geraten ist. Die politische Entwicklung Venezuelas

Über Ernesto Che Guevara sind Stapel von Büchern geschrieben worden. Da sich sein 40. Todestag und sein 80. Geburtstag nähern, erscheinen neue. Der nie einem Personenkult huldigende Jean Paul Sartre schrieb: „Ich halte dafür, dass dieser Mann nicht nur ein Intellektueller, sondern der vollkommenste Mensch unserer Zeit war.“ Über dieses Urteil mag man streiten, aber wohl eher dazu neigen, es zu akzeptieren.

Der Autor kann sich nicht darauf berufen, an Ches Seite gekämpft zu haben, er begegnete ihm einziges Mal. Aber er will mit dieser Biografie auch den vielen Versuchen begegnen, ihn für diese oder jene „Seite“ zu missbrauchen. So hatte unlängst ein „neuer“ deutscher Biograf herausgefunden: „Anders als in Kuba ist Che Guevara in der DDR nie offiziell zum Mythos geworden. Solange er lebte, blieb er für die DDR-Führung ein äußerst unsicherer Kandidat für die Aufnahme in die Geschichtsbücher.“ Solche Behauptungen werden – das erleben wir täglich – emsig verbreitet, aber nie belegt. Als Che

seit der Wahl von Hugo Chavez zum Präsidenten im Dezember 1998 zerstreute jeden Zweifel daran, Militärs und zivile Linke könnten nicht zusammenfinden.

Wahlbeobachter in Venezuela

Pfeiffer, der sich auch mit schwankenden Urteilen über Chavez befasst, erinnert an Bemerkungen der früheren, offenbar schlecht beratenen PDS-Vorsitzenden Gabi Zimmer, die den heutigen Präsidenten Venezuelas als „Polithasardeur“ und

„falschen Freund“ Kubas verunglimpft hatte. Spätestens seit diesem Zeitpunkt geht Präsident Chavez bei Fidel Castro ein und aus und holt sich vom lateinamerikanischen Revolutionär Ratschläge und Hinweise.

• FRANZ-KARL-HITZE

Otto Pfeiffer: Venezuela – Geschichte, Gegenwart und Perspektiven. Heft 13. Herausgegeben vom Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e.V., Wilhelmstraße 50, 10117 Berlin. 82 S., 3 Euro. Zu beziehen über den Verband. E-Mail: VorstandVIP@aol.com

sich den Freiheitskämpfern im Kongo und danach in Bolivien anschloss, orakelte man, dass er Kuba und Fidel im politischen Zorn verlassen hätte. In beiden Ländern operierte er glücklos und wurde am Ende vielschichtig ermordet, aber am 9. Oktober 2006, seinem 39. Todestag, verkündete der Präsident Boliviens, Evo Morales, die Verstaatlichung der Energievorkommen des Landes mit den Worten: „Den Kampf, den Che begonnen hatte, werden wir jetzt.“ So ist es auch verständlich, dass Menschen von Alaska bis Neuseeland noch

Einmal mehr: CHE

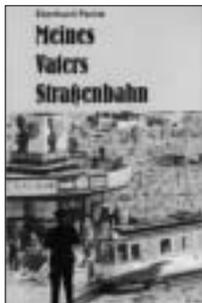
immer unter Fahnen gegen das Unrecht kämpfen, von denen Ches Porträt grübt.

Klaus Huhns Biografie kommt zur rechten Zeit und trägt auf dem Umschlag eine Zeile im Sinne Ches:

1 Euro vom Erlös werden an Cuba Si gespendet.

• F. S.

Klaus Huhn; Und immer wieder: CHE. SPOTLESS, Berlin 2007. 5,10 Euro



Als der Vater, Straßenbahnschaffner aus Leidenschaft, in den Krieg musste, bekommt der Erstgeborene die Verantwortung für Vaters Fahrrad. Er ölt es, putzt es, deckt es ab, schützt es für den Vater, wenn der heimkehrt. Die Mutter lebt ihr Leben, klammert sich daran, zerreiht immer öfter die Dienstbefehle vom Jungvolk und kann ihren Sohn doch nicht vor dieser Horde schützen. Die Briefe von der Front werden immer verzweifelter. Schließlich gilt der Vater als vermisst – und steht eines

Lohnende Neuauflage

Tages lange nach Kriegsende doch vor der Tür. Monatlang bleibt er stumm, tatenlos, antriebslos.

Panitz' Erinnerungen an seinen Vater schildern zugleich die eigene Suche, sich in den dramatischen Zeiten zurechtzufinden. 1978 schrieb er die Geschichte dieser DDR-Gründergeneration fern der Heimat auf – während eines Studienaufenthaltes im Mittleren Westen der USA. 1980 verfilmte sie Celino Bleiweiß. Nichts

Neues also für den Leser. Und doch lohnt sich das Wiederlesen. Eigene Erinnerungen und Erfahrungen vermischen sich mit denen von Panitz, der mit seinem Vater, der außer im Krieg nie aus Dresden herauskam, ausgerechnet in der Berliner S-Bahn Zwiesprache hält.

• MX

Eberhard Panitz: Meines Vaters Straßenbahn. Mit einem aktuellen Vorwort. Verlag Wiljo Heinen. Böklund 2006. 186 S., 10 Euro

Der Titel deutet auf Unspektakuläres. Ein Wissenschaftler berichtet über sein Leben. Na und ... ist man versucht zu fragen. Lebensbeschreibungen sind heute in Mode. Immer mehr Leute melden sich zu Wort, die der Öffentlichkeit als Zeitzeugen etwas sagen möchten. Geschichte ist ja nicht nur die Auswertung von Dokumenten, sie ist vor allem das Leben des Einzelnen, woraus die Summe der Vielen erwächst. Und genau da wird Peter Hoffmann interessant. Der Verfasser, ein in internationalen Fachkreisen bekannter und geschätzter Osteuropahistoriker mit dem Spezialgebiet Russische Geschichte und deutsch-russische Wissenschafts- und Kulturbeziehungen im 18. Jahrhundert, zieht Bilanz.

Schonungslos offen schaut er auf sein Leben zurück und macht keinen Hehl daraus, dass er in jungen Jahren den nazistischen Ideen verfallen war und Mitglied der Waffen-SS wurde. Der Bruch mit seiner Vergangenheit vollzog sich im Krieg und vor allem dann im Nachkrieg. Der Wendepunkt in seinem Leben war die Gründung der DDR, die er als Chance für sich ansah, und das hat

seine innere Logik. Aber seine deutliche Absage an die Vergangenheit hatte auch ihren Preis: Es war ein bleibender Fleck in der Kaderakte. Die Karriere bis zum Professor blieb ihm in der DDR versperrt, er verblieb trotz anerkannter Leistungen im akademischen Mittelbau. Auch die SED, der er 1950 beigetreten war, stieß ihn bald wegen seiner Vergangenheit für Jahrzehnte von sich. Aber sollte er deshalb weniger ehrlich sein? Hoffmann berichtet darüber ohne erkennbare Bitternis, ja fast entschuldigend. So entfaltet sich sein wissenschaftliches Talent in der Stille.

Bereits während seiner slawistischen und historischen Studien in Berlin geriet er in den Bankkreis des herausragenden Gelehrten Eduard Winter. Diesen „Stallgeruch“ sollte er nie mehr loswerden, auch wenn er sich ab 1961 immer mehr von seinem Lehrer „abnabelte“. Die Winter-Schule begründete mit ihren Publikationen und Konferenzen einen guten Teil des hervorragenden Renommées, den dieser Teil der DDR-Geschichtsforschung international

besaß. Hoffmann bietet in seiner Autobiografie keine Enthüllungen aus dem Innenleben einer Akademie. Er beschreibt den Alltag eines bienenfleißigen Arbeiters, der voller Akribie und Pflichtbewusstsein seine Aufgaben erfüllt – nicht in einer Nische, sondern als aktiver Teilnehmer am wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Leben. Besonders bedeutsam wurde für seine wissenschaftliche Weltsicht das Erlebnis Sowjetunion. Die Begegnung mit russischen Kapazitäten mündete in eine überaus produktive Zusammenarbeit. Zwei bevorzugte Themenkreise sollen hervorgehoben werden: seine auf gründlichen Archivstudien basierenden quellenkundlichen Arbeiten (so zu Leonhard Euler) sowie seine Biografien über Peter den Großen, Alexander Suworow, Anton Friedrich Büsching und Gerhard Friedrich Müller. Verfolgt man seine Ausführungen über den Entstehungsprozess dieser Werke, so wächst vor uns das Bild eines Wissenschaftlers aus Leidenschaft, für den andere Lebens-

sphären weitgehend zweitrangig sind (mit Ausnahme der Familie natürlich).

Für Hoffmann wird die unmittelbare Wendezeit zu einer Zeit der Irritationen, zumal er nun Rentner ist. Alles scheint aus dem Ruder zu laufen. Etliche Buchtitel sind nicht mehr erschienen, die Verlage wurden „abgewickelt“. Aber mit großer Hartnäckigkeit positioniert sich Hoffmann neu. Er greift alte Projekte auf und beginnt neue Arbeiten. Er lernt, wie man in der Marktwirtschaft zu Geld kommt – nicht für sich, sondern für den Druck seiner Bücher. Seit 1995 sind fünf Monografien erschienen! Peter Hoffmann rückte nicht über große Funktionen in den Vordergrund; er meint von sich, eher in der hinteren Reihe zu stehen – aber in der letzten Reihe befand und befindet er sich gewiss nicht.

• ERHARD HEXELSCHNEIDER

Peter Hoffmann: In der hinteren Reihe. Aus dem Leben eines Osteuropa-Historikers in der DDR. Nora-Verlag, Berlin 2006. 328 S., 23,50 Euro

Wein, Weib und Mord

Eine kleines Winzerdorf in Frankreich, ein norwegischer Sternekoch, verschwundene Menschen, eine hübsche Apothekerin – dies sind die Zutaten für einen überraschenden, sinnlichen und lehrreichen Krimi. Im auf skandinavische Kriminalliteratur spezialisierten Verlag Stegemann erscheint erstmals eine deutsche Übersetzung des Bestsellers aus Norwegen, gefördert vom norwegischen Kulturinstitut NORLA. Der Autor Gert Nygardshaug, geboren 1946 in Ostnorwegen, verwebt Weinkultur und griechische Mythologie (!) zu einem bekömmlichen Ragout. Fredric Drum, Restaurantbesitzer aus Oslo, will in Frankreich eigentlich nur Wein probieren und kistenweise für seine Gäste ordern, schlittert aber schnell in ein mörderisches Komplott hinein. Ein sympathischer Gourmet, der viel Wasser trinkt und manchmal Wein verkostet und das Herz an der richtigen Stelle hat, wenn er sich zum Beispiel über Phrenologen aufregt, die zwischen Schädelform und Intelligenz einen Zusammenhang herstellen wollen.

• D. M.

Gert Nygardshaug: Der Honigkrug. Roman. Stegemann Verlag, Dülmen und Radebeul 2007. 224 S., geb., 16,95 Euro

KALENDERBLATT Vor 30 Jahren gestorben

Sepp Schwab

Sepp Schwab, vor allem bekannt geworden als Journalist, Kultur- und Außenpolitiker der DDR, wurde am 16. Januar 1897 in München geboren. Nach kaufmännischer Lehre und Mitgliedschaft in der Sozialistischen Arbeiterjugend, trat er 1917 der USPD bei und gehörte während der Novemberrevolution 1918 dem Münchner Arbeiter- und Soldatenrat an. Vom linken Flügel der USPD führte ihn sein Weg zur KPD, der er von Anbeginn angehörte. Während der Bayrischen Räterepublik leitete er das militärische Eisenbahnwesen, wofür er nach der Niederlage der Räterepublik (sie unterlag nach erbittertem Widerstand der mörderischen Konterrevolution am 4. Mai 1919) im November 1919 verhaftet und zu vier Jahren Festung verurteilt wurde. Nach Haftende kam er in die „Schutzhaft“, aus der er erst im Oktober 1924 entlassen wurde. Im Februar 1925 erneut verhaftet, verurteilte ihn der Staatsgerichtshof in Leipzig zu einem Jahr und neun Monaten Gefängnis.

Derartig durch die Erfahrungen mit der Justiz der Weimarer Republik gestählt, übte Schwab nach seiner Freilassung verschiedene Funktionen im Pressewesen der KPD aus, so vor allem als Redakteur bzw. Chefredakteur von KPD-Zeitungen in Bayern. Um jedoch einer weiteren Verhaftung zu entgehen, emigrierte er auf Beschluss des ZK der KPD 1930 in die Sowjetunion. Hier war er zunächst Mitarbeiter des Büros der Kommunistischen Internationale, Lektor bei der deutschen Gruppe an der Internationalen Leninschule in Moskau und ab April 1937 bis Herbst 1945 Leiter der deutschen Redaktion des Moskauer Rundfunks. Durch seine Tätigkeit als Rundfunkjournalist, die in das Wirken deutscher Antifaschisten während ihrer Emigration eingebunden war, trug er wesentlich dazu bei, den antifaschistischen Widerstand in Deutschland zu unterstützen. Ende 1945 kehrte Schwab nach Deutschland zurück. Er wurde Chefredakteur der Zeitschrift „Neuer Weg“ und von April bis August 1946 Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, danach ihr stellvertretender Chefredakteur und Chef vom Dienst. Ab Juni 1949 änderte sich sein Aufgabengebiet. Er wurde Generaldirektor der DEFA und ab August 1952 Vorsitzender des „Staatlichen Komitees für Filmwesen“. Doch bereits ein Jahr später erfolgte seine Ernennung zum Botschafter der DDR in Ungarn. Danach war er von 1956 bis 1963 stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten der DDR. Am 30. Juli 1977 verstarb Sepp Schwab in Berlin.

• K. SCHN.

Im Juni und Juli 1917 war es auf mehreren deutschen Kriegsschiffen vor allem wegen schlechter Verpflegung und ungerechtfertigter Bestrafungen zu nachhaltigen Empörungen unter den Matrosen gekommen. Die Situation spitzte sich zu, als der 1. Offizier des Schlachtschiffes „Prinzregent Luitpold“ der Freiwache den Landurlaub verweigerte und dafür einen militärischen Ausmarsch ansetzte. Aus Protest gegen diese Schikane gingen am 2. August sechshundert Matrosen geschlossen von Bord und führten in einem Lokal eine Versammlung durch, auf der Albin Köbis als Mitglied der Flottenzentrale sprach. Er wandte sich gegen den Entzug militärischer Rechte und trat für Menagekommissionen ein, die ein Schritt zur „Bildung von Matrosenräten nach russischem Muster“ sein sollten. Damit drohte dieser aufständische Protest der Matrosen zu einer revolutionären Bewegung unüberschaubaren Ausmaßes zu werden.

Das Flottenkommando geriet in helle Aufregung. Eine große Verhaftungsaktion setzte ein, begleitet von einem rigorosen Untersuchungsverfahren. Die Matrosen Albin Köbis und Max Reichpietsch wurden zum Tode verurteilt und am 5. September 1917 auf dem Schießplatz Wah bei Köln erschossen. Die Todesurteile gegen die Matrosen Weber, Beckers und Sachse wurden vom Admiral Scheer, Chef der Hochseestreitkräfte, in Zuchthausstrafen von je fünfzehn Jahren umgewandelt. Gegen die anderen etwa 50 angeklagten Matrosen wurde eine Strafe von

Vor 90 Jahren Köbis und Reichpietsch hingerichtet

Aufstand in der deutschen Kriegsflotte

Aber die Regierung konnte fest auf Eberts SPD rechnen



Matrosen des Linienschiffes „Prinzregent Luitpold“, 1917. Hinten mitte: Albin Köbis

über vierhundert Jahren Zuchthaus verhängt.

Lenin, der den Aufstand in der deutschen Kriegsflotte als das wichtigste revolutionäre Ereignis im Sommer 1917 wertete, schrieb dazu: „Die revolutionären Matrosen der deutschen Flotte, die von vornherein wussten, dass ihr Versuch zum Scheitern verurteilt war, gingen heldenmütig in den sicheren Tod, nur um durch ihren Tod den im Volke noch schlummernden Geist des Aufbruchs zu wecken.“ Mit dem Flugblatt „Folgt ihrem

Beispiel!“ würdigte die Spartakusgruppe das Handeln der revolutionären Matrosen von Wilhelmshaven und veröffentlichte einen Brief eines zu Zuchthaus Verurteilten.

Als am 9. August eine Besprechung zwischen dem Staatssekretär des Reichsmarineamts von Capelle und Friedrich Ebert (SPD) über die Unruhen in der Flotte stattfand, vermerkte die Niederschrift zu Eberts Ausführungen, „dass seine Partei (die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag) die Angele-

genheit auf das äußerste verurteile“. Ebert habe die Aktionen der Matrosen als „krassen Landesverrat“ bezeichnet und in den „schärfsten Ausdrücken verurteilt“. Und weiter hieß es: „Zur Vorbereitung der Gegenwirkung durch die rechtsstehende sozialdemokratische Presse ... werde er ein geheimes Rundschreiben an die sämtlichen Chefredakteure der rechtsstehenden sozialdemokratischen Zeitungen veranlassen, damit sie aufs schroffste gegen das Vorgekommene Stellung nehmen.“ Nach wie vor gelte, „dass die Regierung fest auf seine Partei rechnen kann“. „Ganz geheim“ wurde der Reichskanzler am 16. Oktober 1917 davon unterrichtet, dass trotz der im August erfolgten „Bestrafung von Rädelsführern unter den Matrosen und Heizern neue schwere Vergehungen in der gleichen Richtung zutage getreten“ sind. Das Bedrohlichste sei, dass die „unruhig gewordenen Marineangehörigen auf ein ‚Zeichen aus Berlin‘ warten, auf das hin die kriegerische Tätigkeit eingestellt und der Gehorsam allgemein verweigert werden würde“.

Es zeigte sich, dass die SPD unter Führung von Friedrich Ebert nicht in der Lage war, die anwachsende Bewegung zur revolutionären Beendigung des Krieges wirkungsvoll zu unterdrücken. Das Zepher des Handelns lag zunehmend in den Händen der Spartakusgruppe und der Linken in der USPD. Vorboten der kommenden Novemberrevolution 1918 zeichneten sich am politischen Horizont ab.

• KURT SCHNEIDER

Was sich hinter LEIPZIGER STRASSENAMEN verbirgt (51)

Die Kloßstraße – der Name wurde 1965 im Neubaugebiet Großschocher vergeben – ist eine der ganz wenigen Straßen, die auch heute noch einen Leipziger Antifaschisten ehren, der die Befreiung erlebt hat und zu den Aktivisten der ersten Stunde gehörte.

Paul Kloß wurde am 8. August 1892 in der Seumestraße 48 in Knautkleeberg geboren. Hier besuchte er die Volksschule und erlernte das Tischlerhandwerk. Bereits 1907 wurde er, 15-jährig, Mitglied der sozialistischen Arbeiterjugend, 1910 Mitglied der SPD und 1911 des Holzarbeiterverbandes. Er war ein begeisterter Sportler und die Mitglieder seines Vereins im Stadtteil Südwest wählten ihn schon in jungen Jahren zum Vorsitzenden.

Den Ersten Weltkrieg durchlebte er als Frontsoldat. Er geriet in Kriegsgefangenschaft und kehrte im Januar 1919 nach Leipzig zurück. Hier fand er bis 1921 Arbeit bei der ATG und seine Kollegen wählten ihn zum Betriebsratsvorsitzenden. Zugleich war er an der Gründung des Ortsvereins Knautkleeberg der KPD beteiligt, deren erster politischer Leiter er wurde.

Dieser Ortsverband, zu dem auch Knautnaundorf und Hartmannsdorf gehörten, umfasste bis 1933 ständig 40 bis 45 Mitglieder. Außerdem führte er gleichzeitig die KPD im Gebiet Zwenkau und Pegau als politischer Leiter.

Während der Kämpfe in Mitteldeutschland im März 1921 wurde Paul Kloß schwer verwun-

det und nach der Niederlage der Arbeiter ins Gefängnis Krankenhaus Naumburg eingewiesen. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis noch im selben Jahr begann er wieder mit seiner politischen Tätigkeit. Noch während seiner Haft war er als Vorsitzender des Arbeiter-Turn- und Sportvereins Knautkleeberg gewählt worden. Wichtiger war jedoch seine Wahl als Gemeindevertreter der KPD und stellvertretender Bürgermeister seiner

Kloßstraße

Gemeinde. 1929 wurde Paul Kloß zum Landessekretär für das Land Sachsen der „Interessengemeinschaft zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeitersport“ berufen, aus dem Ende 1930 die „Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheiten“ hervorging.

1933 wurde Paul Kloß als erster aus Knautkleeberg in „Schutzhaft“ genommen. Als er wieder frei kam, das Datum war nicht zu ermitteln, hatte er weiße Haare. Im Herbst 1934 erneut verhaftet, erhielt er fünf Jahre Zuchthaus, die er in Waldheim verbüßte. Bei den Verhören vor dem Prozess wurden ihm die Zähne ausgeschlagen. Im August 1939 aus dem Zuchthaus entlassen, nahm er erneut Kontakt zu seinen Kampfgenossen auf. Sein Haus in Knautkleeberg wurde zum illegalen Treff mit Bruno Plache, Arthur Hoffmann und anderen Mitgliedern der späteren Schumann-Gruppe. Wie durch

ein Wunder entkam er der Verhaftungswelle im Juli 1944. Er gehörte nun zu jenen Genossen, die die Arbeit des NKfD fortsetzten, Verbindungen zu Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern aufnahmen und schließlich im April 1945 dafür sorgten, dass Leipzig fast ohne Verteidigung von den Amerikanern eingenommen werden konnte.

Nach der Befreiung wurde Paul Kloß Stadtrat für Sozialwesen. Zu seinem Aufgabengebiet gehörten: Wohlfahrt, Jugend, Betreuung der Opfer des Faschismus, Umsiedler- und Rückkehrer und Eingliederung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozess. Das war unter den Bedingungen des Jahres 1945 eine gigantische Arbeit. 1946 wurde er als Ministerialrat für Sozialwesen in die sächsische Landesregierung berufen. Doch er war, inzwischen 54-jährig, mit seinen Kräften am Ende. Schon nach einigen Monaten zwangen ihn Krankheiten zur Aufgabe dieser Funktion.

Kaum einigermaßen genesen, begann er 1947 eine Tätigkeit als Abteilungsleiter für Wohnungs- und Sozialwesen im Leunawerk und wurde 1948 zum Kulturdirektor des Werkes ernannt. Am 1. Oktober 1948 wurde er Mitglied des ersten deutschen Sportausschusses.

Ein schweres Herzleiden zwang ihn alle seine Funktionen niederzulegen. Er verstarb am 11. Februar 1950. Seine letzte Ruhestätte fand er im Ehrenrain auf dem Südfriedhof.

• DIETER KÜRSCHNER



Von
**KLAUS
HUHN**

Wieder begann der Morgen mit frischem Doping-Horror und der Abend stellte den Morgen in den Schatten. Es langweilt Sie mit der Zeit? Mich aber erst! Nur: In unserer Gesellschaft, in der sich niemand von *Bild* überrundet sehen möchte, prägen diese Storys unseren Tag. Wenn Sie die Zeilen, die ich jetzt schreibe, gedruckt lesen, sind neue Tage vergangen, die garantiert neuen Horror bescherten. Wohlge- merkt: Im Sport, den man einst mit Spannung verfolgte, weil man wissen wollte, wer gewonnen hatte.

Hier also die inzwischen vielleicht schon angestaubten Skandalgeschichten und was ich davon halte. Am Abend des 18. Juli hatte ein ARD-Sportreporter mit Amtmann-Wichtig-Miene dem Publikum verkündet, dass man die Übertragungen einstellen werde und dass dieser Schritt ein Kapitel Tour-de-France-Geschichte markiere. Keine Stunde später erschien der Chef des ZDF auf dem Schirm, behauptete das gleiche, tat so, als gäbe er den Hamlet und verkünde demzufolge hiermit, dass damit die Fernseh-Welt aus den Angeln geraten sei. Und das alles, weil ein Dopinglabor mitgeteilt hatte, man sei bei Patrick Sinkewitz auf eine positive Probe gestoßen. Der Radler aus Fulda liest gerne Krimis. Nun ist er über Nacht selbst zum Krimistar geworden. Sein Pech: Niemand macht sich die Mühe, die schon Sherlock Holmes aufgebracht hatte, den Fall aufzuklären. Ich schreibe das, obwohl ich jetzt gar nicht wissen kann, was bei der B-Probe herauskommen wird. Ich begann damit, die Tatzeit zu erforschen, und wurde sofort stutzig. Niemandem schien aufgefallen zu sein, dass die untersuchte Probe vom 8. Juni stammte, also sage und schreibe 29 Tage vor dem Auftakt der diesjährigen Tour de France abgepinkelt worden war, ganz zu schweigen davon, dass der Kontrollierte auf dem Begleitzettel Unregelmäßigkeiten bei der Urinabnahme moniert hatte. Auch in der Dopingjustiz gilt: Solange nicht jemand restlos überführt ist, gilt er als unschuldig. Aber vor allem gilt – und das sei den Fernsehbossen

mitgeteilt: Mit der Tour de France hatte dieser Dopingfall nicht das Geringste zu tun. Und: Niemand kann erklären, wieso eine Dopingkontrolle einen Monat dauert. Keiner soll mir erzählen, das sei nun mal so. Ich war in meinem Leben bei zahllosen Dopingkontrollen dabei. Auch bei der zum Beispiel, die 1988 in Seoul nach Ben Johnsons 100-m-Fabelweltrekord vorgenommen wurde und die – wie sich vielleicht der eine oder andere noch erinnert – damit endete, dass der Kanadier seine Goldmedaille zurückgeben musste. 26 Stunden nach dem Lauf hielt der belgische Präsident der IOC-Doping-Kommission, Prinz de Merode, das positive Ergebnis in Händen. Er schrieb damals – also vor 19 Jahren – auf der Stelle der kanadischen Mannschaft einen Brief, der

sen radelte denn auch gleich nach dem Start zum Wagen des Tour-Chefs Prudhomme und reichte ihm durchs offene Fenster zum Dank die Hand.

Und Prudhomme konnte sich darauf berufen, einen triftigen Grund für seine Entscheidung zu haben: Rasmussen war am 17. Juli – also während der Tour – bei den Dopingkontrollleuten erschienen und die hatten am 19. Juli mitgeteilt, dass die Kontrolle negativ ausgefallen sei. Selbst Sherlock Holmes wäre einmal mehr stutzig geworden und hätte garantiert seinen Adlatus Dr. Watson losgeschickt, um herauszufinden, wie das Labor die Kontrolle in 48 Stunden geschafft hatte, wo man doch im Fall Sinkewitz einen Monat gebraucht hatte. Ich schwöre: Watson wäre wiedergekommen und hätte

Sportkolumne

Und immer wieder: Doping

28 Stunden nach dem Lauf – nachts 1.45 Uhr – im Mannschaftsbüro eintraf. Damit war der Fall erledigt.

Und nun, in einer Zeit also, da alle Welt inklusive vieler Bundestagsabgeordneter, Minister, Funktionäre und Ärzte versichert, dem Doping den gnadenlosen Kampf angesagt zu haben, braucht man 28 Tage – mathematisch ausgedrückt 24 mal so lange –, um das Resultat einer Kontrolle mitzuteilen? Da wäre auch Sherlock Holmes stutzig geworden.

Oder: Als ich diese Zeilen schrieb, trug der Däne Rasmussen das Gelbe Trikot. Am 20. Juli schien er es los zu sein, denn die Welt erfuhr, dass ihn der dänische Radsportverband bereits am 21. Juni wegen drei versäumter Dopingkontrollen aus dem Verband ausgeschlossen hatte. Jede halbwegs flugtüchtige Brieftaube der Welt hätte den Weg von Kopenhagen nach Paris, dem Sitz der Tour-de-France-Direktion, in fünf Tagen zurückgelegt, wäre also am 26. Juni auf dem Tour-Schreibtisch gelandet und hätte den Zettel abgeliefert, auf dem stand: Rasmussen ausgeschlossen! Aber die Dänen schickten weder eine Brieftaube, noch schickten sie eine E-mail oder griffen zum Telefon. Nein sie müssen eine Schnecke auf den Weg geschickt haben, die am 20. Juli anlangte. Und als die Tour-Direktion endlich erfahren hatte, dass Rasmussen gegen die Regel verstoßen hatte, ständig den Dopingkontrollleuten seinen Aufenthaltsort zu melden, entschied man: Der Mann darf weiterfahren! Rasmus-

keine Antwort geben können.

Denn niemand kann da mehr Antworten geben.

Moment: Vielleicht die Fernsehdirektoren, deren Gehalt Sie und du und ich bezahlen? – Wenn schon von Geld die Rede ist, hätte ich sie allerdings als erstes gefragt, warum ich zwei Fernsehmannschaften finanzieren muss, die sich alle 24 Stunden einen Ruhetag leisten. Und hätte jemand zurückgefragt, wie man diese Frage denn sonst lösen soll, hätte ich vielleicht geantwortet: Jährlich und nicht täglich abwechseln! Und dann hätte ich den Fernsehchefs noch die *Frankfurter Rundschau* zu lesen gegeben: „ARD und ZDF sind ja auch nicht aus der Berichterstattung über die deutsche Politik ausgestiegen, als sich im Flick-Spendenskandal enthüllte, wie die Parteien zu Geld gekommen sind.“

Da ich wenig mit den Fernseh-Chefs am Hut habe, sondern mich um die Leser von LN kümmere, will ich denen noch mitteilen, dass Doping für Nichtrennfahrer die Pharmakonzerne zu Milliarden macht. Allein der Umsatz des Dopingmittels Epo erreichte bei dem in dieser Branche führenden Unternehmen einen Jahresumsatz von 6,6 Milliarden Dollar, weltweit sind es 11,8 Milliarden Dollar. In Zahlen: 11.800.000.000 Dollar. Wo diese Menge bleibt? Die kleinste in Kliniken und Krankenhäusern, die größte bei denen, die sich den Anforderungen ihrer Bosse nicht mehr gewachsen fühlen und deshalb „nachhelfen“ wollen.

ES WIRD BUNT!

MEHR INHALT, MEHR FARBE,
ÜBERSICHTLICH,
VIELE FEATURES & INTERVIEWS,
REZENSIONEN, NEUES AUS OST & WEST,
ÜBER 1000 KONZERTTERMINE,
LESERSHOP MIT VIELEN TOLLEN ANGEBOTEN

Ab 26.07.07 im Handel



JETZT
NUR NOCH
2,49 €
MIT NOCH MEHR
INHALT



SERVICENUMMER 01805/917 917 (0,14 €/min.) www.melodieundrhythmus.com

Zwei Gesichter Masurs

Mitte Juni veröffentlichten Kurt Masur und Christian Führer einen „Ruf aus Leipzig“, in dem es darum ging, die (langsam verblässende?) Erinnerung an die Montagsdemos in Leipzig wieder stärker ins Bewusstsein zu bringen.

Bekanntlich war Masur – neben einem Kabarettisten, einem Theologen und drei SED-Sekretären! – Mitunterzeichner eines Aufrufs, der vor der großen Demonstration am 9. Oktober 1989 zur Gewaltlosigkeit auffrief. Diese Demonstration habe, so Kurt Masur heute, „der kommunistischen Diktatur in Ostdeutschland nach 40 Jahren ein Ende bereitet“ (siehe LN 14'07, Seite 2).

Nun ist Kurt Masur zweifelsohne ein begnadeter und weltbekannter Musiker, dessen künstlerische Entwicklung – das sollte aber betont werden – sehr eng mit der DDR (vor allem seit 1970 mit seiner Tätigkeit am Leipziger Gewandhaus) verbunden ist. Es ist niemals etwas bekannt geworden, dass es während der „zweiten deutschen Diktatur“ zu ernsthaften Konflikten mit der Obrigkeit der DDR gekommen ist. Er hatte sogar von der ersten Planung bis zur Einweihung des Neuen Gewandhauses stets ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Er wollte, was zweifelsohne seinen internationalen Bekanntheitsgrad erhöhte, mit seinem Orchester oft im westlichen Ausland, wengleich die Tatsache, dass er damit das Ansehen der DDR im Ausland erhöhen und wertvolle Devisen einspielen sollte, nicht übersehen werden darf.

Warum dann heute so ein hartes Verdammungsurteil über diesen Staat? Wenig bekannt ist, dass er 1972 infolge Übermittlung eines Verkehrsunfall verursachte, der seiner damaligen Frau und zwei weiteren Menschen das Leben kostete. Dafür wurde er niemals belangt und darüber erfuhr zu DDR-Zeiten die Öffentlichkeit kein Wort – ein durchaus unübliches Verfahren. Aber man wollte wohl seinen internationalen Ruf nicht beschädigen.

CLAUS R. UHLRICH, LEIPZIG

Wanderungen durch Neufünfland

WIR MUSSTEN UNTERWEGS ETWAS TUN, was wir sonst nie tun: Autos anhalten und trampeln. Alles nur, um nicht zu spät zu kommen. Ja, zum großen Würfelspiel um den neuen Ortsnamen. Für alle, die nicht die Details kennen: Lauscha ist 410 Jahre alt, Steinach 488 Jahre. Jetzt wurden die beiden Städte „vereinigt“, hatten sich aber nicht auf den Namen einigen können und deshalb machte man ein Spektakel daraus: Es wurde um den Namen gewürfelt. Jemand schnitzte einen riesigen Würfel, irgendein hübsches Mädchen wurde als „Würfelprinzessin“ eingesetzt und rollte den Würfel auf einen künstlichen Teppich. Resultat:

Steinach-Lauscha steht künftig auf den Landkarten! Wir kamen jedoch bald dahinter, dass es ist nicht der pure Spaß war, den wir da miterlebt hatten. Es ging zum Beispiel darum, dass beide Städte jämmerlich verschuldet sind: In Lauscha sind es 8,8 Millionen Euro, in Steinach 2,2 Millionen. Und nun? Erstmal wird natürlich das Personal reduziert und dadurch jährlich 150.000 Euro eingespart. Dann kommt die „Prämie“ dazu, die der Freistaat Thüringen allen Städten zahlt, die sich zusammenschließen: 100 Euro pro Einwohner. Das macht summa summarum 848.200 Euro. Dann stand da noch eine „Überbrückungshilfe“ auf der

Schuldenliste: 740.000 Euro, die an Lauscha gezahlt worden waren, als es pleite war. Und dann rechnet man noch mit einer Million, die als „Entschädigung“ für eine unsanierte Kreis- und Kreisdeponie gefordert wird. Denn die stammt noch von der DDR und demzufolge... Übrigens: Wer im Internet etwas über die Geschichte von Steinach erfahren will, erfährt über die DDR-Zeit fast nur, wann die ersten „Montagsdemos“ stattfanden. Ob damals schon für die „Vereinigung“ demonstriert worden war, wird nicht verraten. **IN ARNSTADT WURDE NICHT GEWÜRFELT**, aber zwei Gymnasien „vereinigt“, natürlich auch nicht ganz frei-

willig, aber den Ausdruck „Zwangsvereinigung“ darf man dennoch nicht verwenden, denn – so meldete das Lokalblatt: „Es ist ein politischer Wille, nicht jener von Schülern und Lehrern beider Gymnasien.“ Der Landrat war selbst ins Neideck-Gymnasium gekommen, um die Vereinigung mit dem Herder-Gymnasium zu „begründen“. Um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, es handle sich um eine Ausnahmesituation seien zwei Zahlen genannt: Im Schulamtsbereich Saalfeld/Rudolstadt reduzierte sich die Zahl der Schulen von 149 auf 90. – Das schreibt einer, der mal in Saalfeld das Gymnasium besuchte und Mühe hat sich vorzustellen,

wie es um seine einstige Schule heute wohl steht. Das einzige, was er weiß: der DDR oder der SED oder der „Stasi“ oder dem Kulturbund oder dem Staatsrat ist dieses Schulschrumpfen nicht anzulasten. **IN ZELLA-MEHLIS HABEN DIE NEONAZIS** einen neuen Trick vorgeführt: Sie verummummen sich nicht mehr, sondern setzen Clownsmasken auf. Dennoch scheiterten sie bei dem Versuch, eine Kundgebung mit dem Motto „...den Wald vor lauter Bäumen nicht? Nazistrukturen abbrechen, den rechten Konsens brechen“ zu stören oder gar zu verhindern. Ich finde, jede solche Demo ist das Aufschreiben wert!

• KLAUS HUHN

Das „Dialog-Papier“ ist 20 Jahre alt und immer noch aktuell

SED und SPD dem Frieden verpflichtet

In seiner Rede auf dem Gründungsparteitag der Linken am 16. Juni 2007 nannte Oskar Lafontaine drei „Leitfiguren der deutschen Arbeiterbewegung“: Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Willy Brandt. Er zitierte des letzteren berühmte Forderung: „Von deutschem Boden darf kein neuer Krieg ausgehen!“ Nicht jeder Linke sieht Brandt in einer Reihe mit Luxemburg und Liebknecht, und der zitierte Satz war bekanntlich Staatsdoktrin der DDR bis zu ihrem Ende, aber bestimmte Prinzipien der Außenpolitik Brandts sind es wert, aus der Sicht der Gegenwart geprüft zu werden. Anlass dafür kann der 20. Jahrestag des „Dialog-Papiers“ als gemeinsames Dokument von SPD und SED sein, das Ende August 1987 das Licht der Welt erblickte.

Die Veröffentlichung galt damals zu Recht als politische Sensation. Formuliert war der Erkenntnisstand in der Friedensfrage, den SPD und SED sich gegenseitig zumuten konnten. Wir lesen u.a.:

„Unsere weltgeschichtlich neue Situation besteht darin, daß die Menschheit nur noch gemeinsam überleben oder gemeinsam untergehen kann. Eine solche Alternative ist historisch ohne Beispiel. Sie verlangt ein politisches Denken, das historisch ebenfalls ohne Beispiel ist, ein neues Herangehen an die internationalen Angelegenheiten, besonders an die Sicherung des Friedens. Der Krieg darf im Nuclearzeitalter kein Mittel der Politik mehr sein. Zwischen atomar ge-

rüsteten Bündnissen wäre er das Ende jedweder Politik, die Zerstörung aller Zwecke. Friedenssicherung ist zur Grundvoraussetzung aller verantwortlichen Politik geworden. ...

Friede und Sicherheit im Nuclearzeitalter können nicht mit immer mehr und perfekteren militärischen Mitteln, sondern dauerhaft allein durch politisches Handeln erreicht werden. Nicht die Qualität der Waffen, sondern die Qualität der Politik entscheidet über Sicherheit und Stabilität in der Welt.“

Wenn das „Dialog-Papier“ dem Imperialismus Friedens- und Reformfähigkeit zubilligte, wurden sicherlich Illusionen verbreitet, aber die Wirkung des Papiers war unübersehbar, u. a. im (noch gültigen) SPD-Programm vom 21. Dezember 1989 und in der Politik der DDR, die bis zu ihrem Ende als Friedensfaktor wirkte. Erst der „Beitritt“ der DDR änderte die Lage grundlegend.

Zwanzig Jahre nach dem „Dialog-Papier“ ist zu fragen: Was aus den Erkenntnissen ist in erfolgreiche Politik umgesetzt worden? Was wäre heute überholt und korrekturbedürftig? Was müsste entsprechend der veränderten Situation ergänzt werden? Wie geht die Linke, heute in Deutschland Opposition, mit den damaligen Erkenntnissen um, und wie die SPD, jetzt in der Regierungskoalition mit der CDU?

Deutschland ist wieder kriegführendes Land. Die erste Kriegsteilnahme seit 1945 erfolgte unter einer rot-grünen Regierung.

Die Schröder, Scharping und Fischer sind im Sinne des Völkerrechts, der Menschenrechtskonventionen, des Grundgesetzes und des 2+4 Vertrages schuldig geworden. Wenn Struck die Verteidigung Deutschlands an den Hindukusch verlegt, werden das Völkerrecht und das Grundgesetz öffentlich verletzt, ohne dass es juristische Konsequenzen gibt. Für solche Politiker ist das „Dialog-Papier“ eine Gefahr.

Was ist zu tun? Die Linke müsste ihren Platz als antimilitaristische Partei auch im Selbstinteresse ausbauen, indem sie eine komplexe und langfristige Strategie in der Sicherheitspolitik erarbeitet und vom Parteivorstand bis zu jeder Basisorganisation und jeder Parlamentsfraktion praktiziert, die – durch die Kooperation mit Friedensforschern theoretischen Vorlauf schaffen hilft, – die jeweiligen politischen Schwerpunkte setzt, die breite friedenspolitische Bündnisse ermöglicht und Aktivitäten auslöst, – die Mitglieder und Sympathisanten mit den Argumenten ausrüstet, die die Unterstützung des Friedenskampfes fördern; – die Bundestagsfraktion verpflichtet, ständig und offensiv Hauptaspekte der Auseinandersetzung Krieg – Frieden zu erörtern (Rüstungs-, Sozial-, Bildungspolitik usw.); – die Basisorganisationen ermutigt, eigene Aktivitäten entsprechend ihren örtlichen Bedingungen und Möglichkeiten zu organisieren.

HORST SCHNEIDER, DRESDEN

Meine erste Filmerinnerung

Die Filmschau in LN 14 '07 war wieder sehr spannend für mich. Meine erste Kinofilmerinnerung – ich war 5 – geht auf den „Skanderbeg-Ritter der Berge“-Film zurück. Meine gestrenge Tante Liesbeth war Platzanweiserin im heute nicht mehr vorhandenen Löbniger Kino „Am Stern“ und hatte mich im Dunkeln reingeschmuggelt, da der Film erst ab 6 war und sie war dafür bei Kindern gefürchtet, weil sie es mit der Altersangabe sonst sehr genau nahm. Gespielt wurde eben dieser Film und ich war von der Handlung etwas verwirrt und nervte meine Tante, die mir viel erklären musste. Dieser Film ist mir bis heute in Erinnerung geblieben, begann damit doch meine Kinoleidenschaft.

JUTTA DONAT, LEIPZIG

Aufsehenerregend war/ist er schon, der Übertritt des sächsischen SPD-Funktionärs Leo Stefan Schmitt zur Partei DIE LINKE. Allerdings scheint mir dieser Wechsel kennzeichnend zu sein für die Situation der SPD in den alten Bundesländern, wenn der Saarländer auch bereits sieben Jahre Fraktionsgeschäftsführer seiner Partei im sächsischen Landtag ist. Offenbar beeindruckten ihn die Wahlerfolge der Linken sowohl in Sachsen (23,6 %) als auch im Saarland (9,8 %) ebenso wie das unbeirrte Engagement für soziale Gerechtigkeit und die praktizierte Friedenspolitik, nannte er doch als letzten Anlass für seinen Übertritt die Verantwortung der SPD für Hartz IV wie auch ihre Haltung zur Rente mit 67 und zum Afghanistan-

Was Freude bereitet

neinsatz der Bundeswehr. Kürzlich wurde auch bekannt, dass sechzig Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre der Linkspartei beigetreten sind. Sie forderten „alle noch zögernden Kolleginnen und Kollegen“ auf, es ihnen unter dem Motto „Jetzt geht es los!“ gleich zu tun. Die neue linke Partei, so war zu vernehmen, sei die einzige Kraft, die für einen gesetzlichen Mindestlohn von acht Euro die Stunde eintrete. Insgesamt konnte die DIE LINKE seit ihrem Gründungsparteitag am 6. Juni schon deutlich mehr als 3000 neue Mitglieder aufnehmen. Was Freude bereitet.

HERMANN GERATHEWOHL, LEIPZIG

Überall Zwangsvereinigungen

LN sucht dringend Straßenverkäufer

für jeweils ein bis zwei Tage
nach dem Erscheinen
(Umsatzbeteiligung)

Bitte melden unter Tel.: 0431 - 980 39 88
(montags und dienstags zw. 18 und 20 Uhr)

*Die Schwachen kämpfen nicht,
die Starken kämpfen vielleicht eine Stunde.
Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre.
Aber die Stärksten kämpfen ihr Leben lang,
diese sind unentbehrlich*

Bertolt Brecht

Deine Genossinnen und Genossen
vom Ortsverband Schönefeld Die Linke danken Dir,

Genosse Willfried Morgenstern

13.02.1929 - 12.07.2007

und nehmen in tiefer Trauer Abschied.

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Telefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-Abgabe

Inhaber:
FSD PhR Friedrich Roßner
Fachapotheker für
Allgemeinpharmazie
Karlsruher Straße 54
04209 Leipzig

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter

ISOR e. V.

Isor e. V. führt Beratungen für Rentner und angehende Rentner durch, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren, sowie für diejenigen, die nach der Neufassung des § 6, Abs. 2 und 3 AAÜG neu vom Rentenstrafrecht bedroht sind.

Die Sprechstunden finden an jedem vierten Mittwoch des Monats von 16 bis 17 Uhr im Stadtteilzentrum Messesmagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a, 04103 Leipzig, statt.

SZM

Stadtteilzentrum Messesmagistrale
Leipzig, Straße des 18. Oktober 10a

1. 8., 15 Uhr: *Schachturnier für Kinder.*

2. 8., 19 Uhr: *Schachturnier für Jugendliche.*

8. 8., 16 Uhr: *Wir lernen einander kennen - Treffen für deutsch-russische Bürger*

Bürgerinitiative

Leipzig
braucht ein
Sozialticket.



Diskussion 2.8., 19-21 Uhr
Volkshochschule, Aula
Leipzig, Löhrrstr. 3-7

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Im August neu bei uns:

André Steiner: *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR.* Aufbau, 12,95 Euro

Al Gore: *Angriff auf die Vernunft.* Riemann, 19 Euro

Hermann Weber, Gerda Weber: *Leben nach dem „Prinzip links“.* Verl. Links, 19,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus!

In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

fl 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71

www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

Vorankündigung

Leipzigs Neue lädt ein

zur Buchpremiere
mit WERNER GROßMANN

*Bonn im Blick –
Die DDR-Aufklärung aus der
Sicht ihres letzten Chefs*

3. September 2007,
18 Uhr im Leipziger Liebknechtshaus,
Braustraße 15



Helpen Sie uns, das Eisen zu
schmieden, solange es heiß ist.

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,
Sparkasse Leipzig,

Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92,

Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima
Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR. des Werbers* bzw. Geschenkgebers*

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Kundennummer

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro:

- Studierendenabo* (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
 Probeabo (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor** Bezugsende in der Redaktion kündige.

- Ich bitte um Rechnung
 Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Helmut Bräuer

Unterbindungsgewahrsam 1701

Ein Begriff zieht durchs Land – eben wie Begriffe mitunter zu tun pflegen. Manche mit gehörigem Krakeel und nächtlichem Freudenfeuerwerk, sehr zum Pläsier derer mit Bratwurst und Bier, andere schleichend, vieldeutbar und hinter den vorgehaltenen Händen einflussreicher „Persönlichkeiten“ verborgen. Zum Beispiel: Unterbindungsgewahrsam!

Unterbindungsgewahrsam? Eine Unterart von Operation Enduring Freedom vielleicht? Viel Interpretationsspielraum ist da. Verurtheilt und Schlimmes soll ferngehalten, also unterbunden werden. Etwas, das alle bedroht. Alle? Unterbindungskraft suggeriert Sicherheit im Rechtsstaat. Gewahrsam strahlt für die einen Rechtsstaatlichkeit aus. Für die anderen Rechts-Staatlichkeit. Die Erzeuger des Begriffes definieren das Neue: Es könnte, wenn plötzlich der Fall einträte, unter Umständen zu Vermutetem, aber noch nicht klar Erkennbarem, auf jeden Fall zu Gefährlichem kommen, das, wie anzunehmen, einen Schock auszulösen in der Lage wäre, würde man dem nicht rechtzeitig wehren, es also unterbinden. – Eben durch Gewahrsam. Die neuen Bedrängnisse durch Schurken aus dem Reich des Bösen Das gefahrenträchtige Neue – es verlangt auch neue Formen der Abwehr. Nicht nur neue – neueste! Zum Beispiel: Unterbindungsgewahrsam. Aber: Ist der Begriff auch modern, so trägt er doch einen alten, uralten Inhalt, hat also Tradition. Sie zweifeln? Sie zweifeln zu Unrecht:

Am 12. November des Jahres 1701 verließ ein Brief die Kanzlei des Leipziger Rathauses. Wurde gewissermaßen auf den Weg zur Königlichen Majestät in Polen und Kurfürstlich-Sächsischen Durchlaucht, dem Landesherren in Dresden, August dem Starken, gebracht.

Die Obrigkeiten im ganzen Land saßen in der Bredouille. Man konnte der wachsenden

Masse von faulen Bettlern und Müßiggängern nicht beikommen. Jenen, die die Habenden ständig belagerten und belästigten. Auch in Leipzig. Besonders zu Messezeiten strömten sie frecherweise in die Stadt und suchten – unverschämt, wie das Gesindel von Natur aus ist – Arbeit, Brot und Suppe. Und viele Weibspersonen hielten sich bei diesen Leuten auf. Na? Was wollten die schon während der Messezeit? Magdsdienste etwa? Schuldiges Aufwarten und Dienen? Demütiges Schaffen?

Unzucht wurde über die Stadt gebracht. Scham- und Sittenlosigkeit. Gottlosigkeit. Schlechter Ruf. Das gerade in diesem Jahr – 1701 – neu erbaute Zuchthaus, das aus dem alten Georgenhaus am Brühl hervorgegangen war, sollte Abhilfe schaffen. Deshalb die Bitte an Friedrich August I., er möchte uns, den Rat, in solchem nützlichen Vorhaben gnädigst unterstützen, daß wir solche Weibspersonen, welche hier aufliegen wegen kein Zeugnis haben, ohne unterscheid, wenn sie auch gleich der unzüchtigen that nicht betreten werden, doch an verdächtigen orten sich antreffen lassen, wegnehmen, in bemeltes Hauß bringen und zu nützlicher Arbeit so lange bis deren würckliche beßerung zu erspüren, anhalten dürfen ...

Einsperren also, auf Verdacht, denn irgendwie könnten diese Weibspersonen ja doch ... auch wenn sie noch nicht haben ... Sie könnten! Dem Schreiben des Leipziger Rates ist der Begriff „Unterbindungsgewahrsam“ noch unbekannt. Unverzeihlich eigentlich. Wäre doch so recht treffend gewesen. Man war eben in solchen Dingen wenig flexibel am Beginn des 18. Jahrhunderts, nicht hinreichend medienfixiert, aber in der Sache, ja in der Sache ... schon recht gut!

Also gibt es denn doch aus der Geschichte so mancherlei zu lernen, auch wenn das viele bestreiten.

Da staunte Johann Sebastian ...



... als am Freitag, dem 13., das weißrussische Kinder-Folklore-Ensemble Sonejka zu seinen Füßen sang und tanzte. 23 Mädchen und Jungen aus dem Dorf Saschirje, einem schwach radioaktiv verseuchten Ort (ca. 95 km Luftlinie von Tschernobyl), verbringen auf Einladung einer Elterninitiative über drei Wochen erlebnisreiche Ferien in und um Leipzig. Seit nunmehr zwölf Jahren besuchen die Dorfkinder Leipziger Familien.

Foto und Text: Petra Radtke

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Mein Doping waren die Massen.
Täve Schur, ND 7./ 8. 7

Rudolstadt – ein Bürgermeister, der in seiner Eröffnungsrede (zum Tanz und Folkfest) 20-mal den Hauptsponsor, eine Schwarzbierbrauerei, erwähnt. 19-mal hätte doch gereicht.

DLF 8.7.

Im deutschen Telefonmarkt gibt es immer mehr Wegelagerer, die ihre Opfer bereits in der Warteschleife fangen.

NDR 9. 7.

Die DDR ist wahrscheinlich das aus der Luft meistfotografierte Gebiet der Welt – durch amerikanische Spionageflugzeuge während des Kalten Krieges.

Arte 11. 7.

Korruption in Sachsen – ganz einfach bei den „Machern“ den Wohnort von 1988 nennen. Na, das wäre lustig, wenn jeder sehen würde, wessen Spielwiese Sachsen eigentlich ist.

LVZ 12. 7.

In Teilen Bayerns haben durch die „Schafskälte“ in diesem Jahr 80 Prozent der Jungstörche nicht überlebt.

Bayrisches Fernsehen 12. 7.

Österreich hat jahrzehntelang Naziverbrecher nicht verfolgt. Erst jetzt, nach über 60 Jahren, wird nach zwei von ihnen gefahndet. Sie befinden sich eventuell im Ausland oder sind längst gestorben.

3sat 13. 7.

Pakistan besitzt 100 Atombomben.

DLF 15. 7.

In Frankreich ist Philosophie Schulfach.

DLF 16. 7.

Im BRD - Gesundheitswesen hat sich ein Markt an IGEL-Leistungen im Umfang von einer Milliarde Euro etabliert. IGEL = Individuelle Gesundheitsleistungen, die von den Kassen nicht bezahlt werden.

Die katholische Kirche in den USA zahlt insgesamt rund zwei Milliarden Dollar an Opfer sexuellen Mißbrauchs durch katholische Geistliche oder Bedienstete. Die Kirchenführung hat sich damit von einem Prozess freigekauft.

beides 3sat 16. 7.

ENTDECKT VON
MANFRED ERBE

Übrigens:

Die Tour de France wird zunehmend eine Spritz-Tour.

MZ

Klaugärtner

Es waren im Kleingärtnerverein Kanaldreieck nach dem Gartenfeste 40 Biergläser weg. Zerbrochen, dachte man, die Gläser mussten sterben. Doch fand man leider keine Scherben.

MB

Übrigens:

Wenn man der Bibel Glauben schenken darf, stammt der Mensch vom Apfel ab.

RL



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,
V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

E-Mail: redaktion@leipzigs-neue.de
Internet: www.leipzigs-neue.de
Einzelpreis: 1,30 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung,
Anzeigen, Werbung:
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagservice,
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig,
Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht haftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
23. Juli 2007

Die nächste Ausgabe erscheint am
10. August 2007

Spendenkonto
für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der
Sparkasse Leipzig,
BLZ: 860 555 92,
Konto: 11 50 11 48 40